

PARITÄT INFORM

Das Nachrichtenmagazin
des Paritätischen Baden-Württemberg



Quo vadis
Demokratie?!

Sommer 2025
E 13795 ISSN 2198-9575

 **DER PARITÄTISCHE**
Baden-Württemberg

 <https://paritaet-bw.de>

NEU

Frischer Wind auf unserer Webseite!

Der Paritätische Baden-Württemberg ist digital neu aufgestellt –
klarer, moderner und näher dran an den Menschen.



Quo vadis Demokratie?!

IMPRESSUM

PARITÄTINFORM

Das Nachrichtenmagazin
des Paritätischen
Baden-Württemberg
ISSN 2198-9575

HERAUSGEBER

**Deutscher Paritätischer
Wohlfahrtsverband
Landesverband
Baden-Württemberg e.V.**
Hauptstraße 28
70563 Stuttgart
Telefon 0711 2155-0
info@paritaet-bw.de
www.paritaet-bw.de

VERANTWORTLICH

Ulf Hartmann,
Vorstand

REDAKTION

Hina Marquart
(Gesamtredaktion)
Nathalie Wollmann
Ferah Sahin
(Schwerpunkt)
Katja Reiner
Andrea Gerth
Christine Rauscher
Dr. Steffi Hunnius
u.v.m.

TITELFOTO

unsplash, Nina Zeynep-Guler

GESTALTUNG

lawidesign

DRUCK

Druckerei Raisch GmbH + Co. KG,
Reutlingen

ERSCHEINUNGSWEISE | AUFLAGE

vierteljährlich, 4.400 Exemplare

BEILAGE

Paritätische Akademie Süd

BEZUG

Über diesen QR-Code können Sie
die PARITÄTINFORM kostenfrei beziehen
Print oder digital bzw. abbestellen.



[https://paritaet-bw.de/
paritaetinform](https://paritaet-bw.de/paritaetinform)

Liebe Leserinnen und Leser,

unsere Demokratie ist kostbar und verletzlich. In einer Zeit, in der demokratische Werte zunehmend infrage gestellt werden und die gesellschaftliche Polarisierung wächst, ist es notwendiger denn je, sich zu fragen: „Quo vadis Demokratie?“

Diese Ausgabe der PARITÄTINFORM widmet sich dieser drängenden Frage. Sie beleuchtet, wie demokratische Grundwerte durch Hass, extremistische Gewalt, Verschwörungstheorien und Fake-News unter Druck geraten. Aber auch, wie sie durch soziale Teilhabe, politische Bildung und zivilgesellschaftliches Engagement gestärkt werden können.

Demokratie lebt von Mitgestaltung. Davon sind wir als Paritätischer Landesverband Baden-Württemberg überzeugt. Sie lebt von Menschen, die sich für andere einsetzen, die Räume schaffen für Teilhabe und Schutz, für Begegnung und Vielfalt. Das Engagement unserer Mitgliedsorganisationen ist ein wertvolles Beispiel hierfür.

In dieser Ausgabe gehen wir darauf ein, welchen Mehrwert die Soziale Arbeit für die Stärkung und den Erhalt unserer demokratischen Grundwerte leistet. Darüber hinaus richten wir den Fokus auf aktuelle Gefährdungspotentiale und zeigen auf, wie sich das Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen auf die Stabilisierung unserer Demokratie auswirkt.



© Der Paritätische Baden-Württemberg

„Quo vadis Demokratie?!“ ist für uns keine rhetorische Frage. Es ist eine Einladung. Lassen Sie uns gemeinsam Verantwortung übernehmen! Für eine vielfältige, inklusive, offene und demokratische Gesellschaft.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre mit Impulsen zum Nachdenken, zur Ermutigung und zur aktiven Mitgestaltung unserer Demokratie.

Herzlichst Ihr



Ulf Hartmann

Vorstand



Gefördert durch die



11

Selbstbestimmungsgesetz –
warum es nicht wieder abgeschafft
werden darf.



18

Bülent Ceylan spricht sich für mehr Toleranz,
interkulturelle Verständigung und
ein stärkeres Miteinander aus!

DEMOKRATIE

- 7 Soziale Arbeit als tragende
Säule der Demokratie

- 8 Zahlen und Fakten

VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN UND DESINFORMATION

- 9 Desinformation & Verschwörungs-
mythen als Gefahr für
Demokratie und Sozialstaat

VIELFALT, SELBSTBESTIMMUNG UND DEMOKRATIE

- 10 Gelebte Vielfalt für ein
menschenwürdiges Altern
- 11 Mitten im Kampf um Identitäts-
politiken: Warum das Selbst-
bestimmungsgesetz uns alle angeht
- 12 Paragraf 218 –
Die Entmündigung der Frau

DEMOKRATIEFÖRDERUNG DURCH ANTIDISKRIMINIERUNG

- 13 Antidiskriminierungsberatung
in Baden-Württemberg
- 14 Demokratieförderung
durch Antidiskriminierung
- 16 LADG – kein Bürokratiemonster!
Für ein Landesantidiskriminierungs-
gesetz in Baden-Württemberg
- 17 Elterndiskriminierung:
Baby on – Job off, gleichberechtigt
Eltern sein – (k)ein Privileg?

KULTUR TRIFFT AUF DEMOKRATIE

- 18 Bülent Ceylan im Interview
„Ich liebe Menschen, weil sie
bedingungslos lieben können“

MIGRATION, INTEGRATION UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG

- 20 Demokratie am Scheideweg:
Die Folgen einer gefährlichen
Migrationspolitik
- 21 Behandlungszentrum für
Folteropfer: Weil es wirkt!
- 22 Pangea Bildungszentrum:
Wegweiser in deutsche Klassenzimmer
- 23 LAKA – Kommunale Migranten-
vertretungen als Garant für gesell-
schaftliche Teilhabe und Demokratie

24

Projekt „Wo das Herz isst – Kochen international“: Menschen zusammenzubringen, die sich im Alltag normalerweise nicht begegnen.



26

Das Projekt „Chancenpatenschaften“ bringt engagierte Freiwillige mit Menschen zusammen, die im Alltag Unterstützung brauchen.

- 24 Wo das Herz isst – Kochen international
- 26 Menschen stärken heißt Demokratie stärken: Chancenpatenschaften als niedrigschwelliges Unterstützungsangebot
- 27 Wie Duha e.V. in Mannheim gleichberechtigte Teilhabe für alle ermöglicht

KI UND DEMOKRATIE

- 28 Zwischen Desinformation und Mitbestimmung: Wie KI-Systeme Bürger*innen zu mehr Teilhabe verhelfen können

DEMOKRATIEBILDUNG VON ANFANG AN

- 30 Demokratiebildung schon in der Kita!
- 31 Kinderschutzkonzepte in der Frühen Bildung – ein starker Schutz vor Extremismus
- 32 Schreibwerkstatt „Demokratie“ in Klasse 6b des Remstal-Gymnasiums Weinstadt
- 33 Mütterzentren: Herzstück offener Treff

SCHUTZ DER MENSCHENWÜRDE UND SOZIALER GERECHTIGKEIT

- 34 Armutsbekämpfung: Soziale Gerechtigkeit als Förderung von sozialer Teilhabe und Demokratie

KONTAKTADRESSEN

- 36 Anlaufstellen, Bündnisse, Netzwerke

AUS DEM LANDESVERBAND

- 38 Landesarbeitsgemeinschaft Arbeitskreis Leben (AKL) e.V. in Baden-Württemberg:
- 38 Es gibt kein Leben ohne Krisen
- 39 Kindertagespflege: Das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern respektieren!
- 39 Systemische Beratung – zertifiziert und praxisnah
- 40 Neues aus dem Landesverband und den Regionen

AKTUELLES RECHT

- 42 Vereinspraxis: Kann die Amtszeit des Vorstands unbegrenzt weiterlaufen?



MEINUNGSFREIHEIT

VIELFALT

GEWALTENTEILUNG

PRESSEFREIHEIT

WAHLRECHT

Soziale Arbeit und ihr unverzichtbarer Wert für die **DEMOKRATIE** und unsere Gesellschaft müssen endlich ernst genommen werden.

Soziale Arbeit als tragende Säule der Demokratie

In den vergangenen Wochen und Monaten wurde deutlich, dass eine gelebte Demokratie kein Selbstläufer ist und ihr Schutz und ihre Verwirklichung von Politik und Gesellschaft als tragende Säule abhängig sind.

Demokratie ist weit mehr als ein politisches System. Sie bedeutet Freiheit, Gleichwertigkeit und Teilhabe – und all das braucht Strukturen, die diese Rechte im Alltag erfahrbar machen. Diese Strukturen sind aber auch immer auf Menschen angewiesen, die unsere demokratischen Grundwerte schützen, achten und verteidigen. Sie verleihen auch all denjenigen eine Stimme, deren Rechte und Teilhabe in Gefahr sind.

Soziale Arbeit ist eine solche starke Stimme

Denn Demokratie beginnt auch dort, wo Menschen sich begegnen und Angebote vorgehalten werden, die ihre Grundrechte stärken und schützen. Genau hier setzt Soziale Arbeit an.

Die freie Wohlfahrtspflege mit ihren zivilgesellschaftlichen Säulen und sozialen Angeboten ist eine unverzichtbare Akteurin der Demokratieförderung. Ihre sozialen Angebote richten sich an Menschen, die z. B. von Armut, Behinderung, Fluchterfahrung, Einsamkeit oder Diskriminierung betroffen sind. Daher ist Soziale Arbeit nicht nur als „nettes Angebot von nebenan“ einzustufen, sondern bildet eine unverzichtbare Grundlage zum Schutz unserer Demokratie. Mit diesen Angeboten werden Menschen erreicht, die seitens staatlicher Institutionen nur schwer erreichbar sind. Es werden Räume geschaffen, in denen alle Menschen Zugang zur Beratung, Bildung und Begleitung erhalten und sich als wertvoller Teil der Gemeinschaft begreifen können.

Überall dort, wo gesellschaftliche Teilhabe von allen Menschen gefördert und unterstützt wird, entsteht das Fundament, auf dem auch politische Teilhabe wachsen kann. Wenn Menschen sich in ihrer Lebensrealität wahrgenommen fühlen, ihre Bedarfe und Bedürfnisse ernst genommen und sie gehört werden, verstehen sie sich als wertvolles Mitglied unserer Gesellschaft. Dann können sie auch mit voller Überzeugung ihre Stimme gegen Radikalisierung und Ausgrenzung erheben und unsere Demokratie unterstützen und stärken.

Soziale Arbeit als Teil der sozialen Infrastruktur ist bei ihrer Demokratieförderung aber auch auf ein klares politisches Bekenntnis und auf eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung angewiesen. Demokratie zu schützen und zu leben, darf niemals an der Finanzierung scheitern. Gemeinnützige Träger und ihre sozialen Angebote benötigen stabile und zuverlässige Rahmenbedingungen, ohne dass sie kontinuierlich um ihre Existenz bangen müssen. Fehlen diese, ist nicht nur die Arbeit in sozialen Organisationen, sondern auch der Mehrwert für unsere Demokratie gefährdet. Schließlich sind sie vielerorts die ersten Anlaufstellen, um gesellschaftliche Herausforderungen zu lösen.

Wir erleben Zeiten, in denen unsere Demokratie aufgrund innerpolitischer, aber auch globaler Entwicklungen unter Druck steht und demokratische Werte infrage gestellt werden. Es liegt in der Hand von Politik und Gesellschaft, welches Demokratieverständnis wir auch in Zeiten dieser Herausforderungen weiteren Generationen hinterlassen möchten.

Soziale Arbeit und ihr unverzichtbarer Wert für die Demokratie und unsere Gesellschaft müssen endlich ernst genommen werden.



© Fotos: Der Paritätische BW

KONTAKT

Feray Şahin

Bereichsleitung Familie, Kinder, Migration, Vielfalt und Demokratie
Telefon 0711 2155-120, sahin@paritaet-bw.de

Nathalie Wollmann

Referentin für Migration, Vielfalt und Demokratie
Telefon 0711 2155-123, wollmann@paritaet-bw.de

Der Paritätische Baden-Württemberg
www.paritaet-bw.de

Zahlen und Fakten

Jahresbericht 2024 Antidiskriminierungsstelle des Bundes

11.405

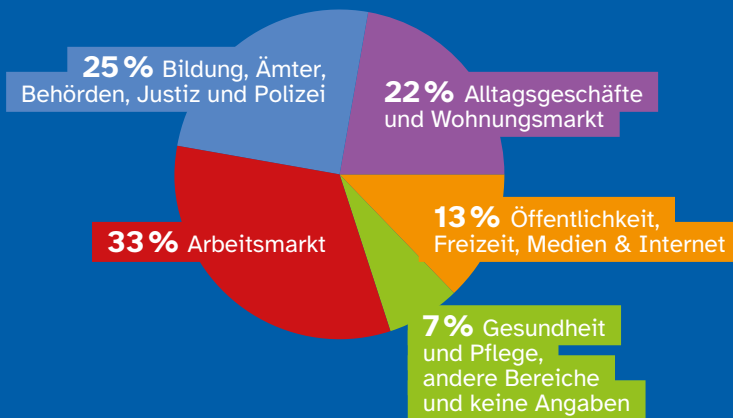
Beratungsanfragen

bei der Antidiskriminierungsstelle
des Bundes 2024
verglichen mit 2019 hat sich
die Zahl mehr als verdoppelt

43 %

**der Fälle betrafen rassistische
Diskriminierungen**, steigende
Tendenz bei Anfragen zu Diskriminierungen
von Frauen, wie sexuelle Belästigung

Diskriminierungsorte



**Jahresbericht 2024
Antidiskriminierungsstelle des Bundes**
[www.antidiskriminierungsstelle.de/
SharedDocs/downloads/DE/publikationen/
Jahresberichte/2024.html](https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Jahresberichte/2024.html)

Jahresstatistiken von Leuchtlinie für Baden-Württemberg

Vergleich

2022 → 2024

Starker Anstieg rechter Gewalt:

Die Anzahl politisch rechts
motivierter Gewaltakte stieg

99 → 135 Fälle

Ein klar alarmierendes Signal

Rassismus bleibt Treiber:

Rassistisches Tatmotiv
verzeichnete einen Zuwachs

39 → 79 Fälle

aller dokumentierten Taten

Queerfeindliche Gewalt im Fokus:

Erstmals klar ausgewiesen
und stark angestiegen

19 Fälle

(Verdopplung), was die zunehmende
Gefährdung queerer Menschen zeigt

Jahresstatistik 2024 von Leuchtlinie



[https://www.leuchtlinie.de/2025/05/08/
rechte-gewalt-in-baden-wuerttemberg-
deutlicher-anstieg-haupttatmotiv-rassismus-
jugendliche-besonders-betroffen-queer-
feindliche-gewalt-verdoppelt/](https://www.leuchtlinie.de/2025/05/08/rechte-gewalt-in-baden-wuerttemberg-deutlicher-anstieg-haupttatmotiv-rassismus-jugendliche-besonders-betroffen-queer-feindliche-gewalt-verdoppelt/)

Desinformation & Verschwörungsmythen als Gefahr für Demokratie und Sozialstaat

Der Kampf gegen den Antisemitismus ist ein Gebot der Verantwortung für unsere Demokratie. Wir alle müssen dafür Sorge tragen, dass Minderheiten bei uns nicht angegriffen und kein Keil in unsere Gesellschaft getrieben wird.

Zwei sympathische Männer bieten sich als „Hoss & Hopf“ ihrer vor allem männlichen Anhängerschaft als Krypto-Bros mit Finanztipps an. Sie seien reich geworden und man(n) möge ihnen doch folgen, ihnen Zeit und vielleicht auch etwas Geld anvertrauen.

Doch unter das Finfluencer-Gehabe mischen sie auch Verschwörungsmythen über Demokraten und den Tod des Juden Jeffrey Epstein, über den israelischen Geheimdienst Mossad und das Klima, über Frauen, die die Pille nehmen und über Bodensee-Wasser, das wegen der Rückstände nicht mehr trinkbar sei. Auf Kritik – etwa von mir – reagieren sie wiederum mit wenig freundlichen Videos. Zu ihren Angeboten gehörten zudem Preisausschreiben für jene, die aus ihren Videos Tiktok-Clips zusammenschneiden und hochladen.

Und wir merken: Verschwörungsmythen und Desinformation können Menschen in radikale Blasen führen. Auch wer nicht gleich nach Rechtsaußen wandert, nimmt vielleicht Widerwillen gegen die Demokratie, gegen Juden, Frauen, gegen unser Trinkwasser mit.

Andere Influencer wie das selbsternannten „Medical Medium“ Anthony Williams und dessen Selleriesaft belegen: Wer Menschen über das Internet dazu bringt, sogar das Trinken zu beeinflussen, übt enorme, psychologische Macht über sie aus.

Wer also wissen will, wie sich hyper-individualistische, rechtslibertäre und sozialdarwinistische Überzeugungen gerade auch unter jungen Männern so rasant ausbreiten konnten, muss auf die digitale Macht antisozialer Medien und dort aktiver Verschwörungsunternehmer schauen. Menschen aller Altersgruppen werden durch Desinformation und Verschwörungsmythen verunsichert, in parasoziale Beziehungen mit vermeintlich vertrauenswürdigen Akteuren gelockt, manipuliert, abgezockt und radikalisiert.

Staatliche Verbote sind im Netz kaum noch wirksam. Ich selbst klagte mit HateAid gegen die fehlende Moderation auf Twitter, heute X. Und musste nach einem ersten Erfolg vor dem Landgericht Frankfurt fassungslos miterleben, dass das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt den Fall nicht entscheiden wollte, sondern einfach einstellte. Ob europäisches Medienrecht in naher Zukunft wirksam wird, dürfen wir zwar hoffen, aber die Zeit zum Abwarten haben wir längst nicht mehr.



Daher versuche ich wo immer möglich, aufzuklären und die Medienbildung zu stärken, in Reden und Büchern, auf Blogs, Podcasts und Videos. Denn wer einmal in die Abgründe von Verschwörungsmythen, Desinformation und antisemitischem Verschwörungsglauben gestürzt ist, verliert sich selbst und dann auch andere.



Weitere Infos:
<https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/themen/beauftragter-gegen-antisemitismus/>

KONTAKT

Dr. Michael Blume
 Beauftragter des Landes
 gegen Antisemitismus
 Telefon 0711 2153-0
 Beauftragter-gegen-
 Antisemitismus@stm.bwl.de

**Staatsministerium
 Baden-Württemberg**
<https://stm.baden-wuerttemberg.de>

Dr. Michael Blume ist als Beauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben, Ansprechpartner für die Belange jüdischer Gruppen, aber auch für den Landtag, Kommunen, Kirchen- und Moscheegemeinden sowie Bildungseinrichtungen. Er wird in seiner Arbeit von einem unabhängigen Expertenkreis, der sich aus jüdischen und nichtjüdischen Fachleuten aus Wissenschaft, Verbänden und Zivilgesellschaft zusammensetzt, begleitet und beraten. Zudem wirkt Michael Blume in einer Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens mit.

Gelebte Vielfalt für ein menschenwürdiges Altern

In der Altenhilfe wird häufig übersehen, dass auch im hohen Alter die Gleichwertigkeit aller Menschen tagtäglich neu verwirklicht werden muss.

Diversitätssensible Altenhilfe setzt genau hier an: Sie erkennt die Vielfalt älterer Menschen an, schafft Bedingungen, in denen niemand ausgegrenzt wird, und ermöglicht ein Altern in Würde.

Ob in Pflegeeinrichtungen, ambulanten Diensten oder Beratungsstellen: Jeden Tag entscheidet sich, ob die Vielfalt der älteren Menschen mit all ihren individuellen Merkmalen gesehen und berücksichtigt oder sie nur versorgt werden. Wird die Biografie einer älteren Migrant*in mitgedacht? Werden queere Menschen mit ihren Lebensgeschichten ernst genommen? Hat ein*e Senior*in mit Behinderung Zugang zu barrierefreier, partizipativer Pflege? Eine Altenhilfe, die sich diese Fragen stellt, stärkt nicht nur das demokratische Fundament unserer Gesellschaft, sie sichert die Würde derer, die in hohem Alter auf Unterstützung angewiesen sind.

In Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Spaltung, Altersdiskriminierung, Rassismus, Queerfeindlichkeit und Vereinsamung braucht es Strukturen, die mehr bieten als nur die tägliche pflegerische Versorgung. Diversitätssensible Altenhilfe schafft Schutzräume, in denen alte Menschen Anerkennung erfahren. Sie fördert ein Altern mit Respekt und Zugehörigkeit und schafft damit eine Gesellschaft, die Ältere sichtbar macht und schützt, zeigt Haltung gegen Ausgrenzung und für Menschenwürde.

Daher ist die diversitätssensible Altenhilfe viel mehr als kultursensible Pflege oder traumasensibles Arbeiten. Sie wird getragen durch Mitbestimmung, Transparenz, kritische Reflexion von Machtverhältnissen und eine Kultur gelebter Offenheit. Das beginnt bei der Personalpolitik in den Einrichtungen und endet nicht beim Speiseplan.

Ein Versprechen auf menschenwürdiges Altern – heute und morgen

Wenn wir heute in eine Altenhilfe investieren, die Vielfalt ernst nimmt, sichern wir damit nicht nur das selbstbestimmte Leben im Alter. Diese Investition ist wie ein zentrales Versprechen auf ein würdevolles Leben, auch im Alter. Diversitätssensible Altenhilfe ist damit nicht nur Ausdruck sozialer Gerechtigkeit, sondern ein konkreter Beitrag zur Bewahrung und Stärkung demokratischer Werte. Denn Menschenwürde kennt kein Ablaufdatum und macht keinen Halt vor dem Alter.



Broschüre „Diversitätssensible Altenhilfe“

Die Broschüre möchte auf die Notwendigkeit der pflegerischen Versorgung einer vielfältigen Gesellschaft aufmerksam machen und Möglichkeiten aufzeigen, wie mit einer personenzentrierten Haltung unterschiedliche Diversitätsmerkmale eines Menschen wahrgenommen und in die pflegerische Versorgung

einbezogen werden können.



<https://paritaet-bw.de/sites/default/files/2025-06/pariarbeitshilfe-diversitaetssensibelealtenhilfeweb.pdf>

KONTAKT

Feray Şahin
Bereichsleitung Familie,
Kinder, Migration, Vielfalt
und Demokratie
Telefon 0711 2155-120
sahin@paritaet-bw.de

**Der Paritätische
Baden-Württemberg**
<http://www.paritaet-bw.de>



Gegenprotest gegen die „Demo für alle“ 2024 in Stuttgart, um sich für die Rechte von sexuellen Minderheiten einzusetzen.

Kerstin Rudat Die Autorin ist Kulturwissenschaftlerin, Journalistin und seit 2018 Vorstandsmitglied im LSVD Lesben- und Schwulenverband Deutschland – Queere Vielfalt Baden-Württemberg e.V. In dieser Funktion ist sie auch Mitglied im Landesfamilienrat BW. Rechtspopulismus, Diversity-Management in Unternehmen und queere Bildung sind ihre Schwerpunktthemen.

Mitten im Kampf um Identitätspolitik: Warum das Selbstbestimmungsgesetz uns alle angeht

Diskriminierung und Gewalt gegen LSBTIQ+ - queere Menschen – nehmen zu, vor allem gegen Transmensen. Warum das so ist und das Selbstbestimmungsgesetz nicht wieder abgeschafft werden darf.

Am 1. November 2024 ist das Selbstbestimmungsgesetz (SBG) in Kraft getreten, das trans*, intergeschlechtlichen und nicht-binären Menschen die Anpassung von Geschlechtseintrag und Vornamen mit einfacher Erklärung auf dem Standesamt erlaubt. Damit hat der Gesetzgeber erstmals auf Eigeninitiative eine rechtliche Verbesserung für trans*, inter* und nicht-binäre Menschen (TIN*) geschaffen. Zuvor hatte sich der LSVD gemeinsam mit TIN*-Selbstorganisationen viele Jahre lang für diese notwendige Gesetzesänderung eingesetzt. Das SBG löste das völlig veraltete Transsexuellengesetz ab, nach dem TIN*-Personen in einem kostspieligen und meistens erniedrigenden Verfahren mit zwei psychologischen Gutachten langwierig beweisen mussten, dass der Körper, in den sie geboren wurden, beziehungsweise das gesellschaftlich gelesene Geschlecht nicht zu ihrem empfundenen Geschlecht passt.

Im Koalitionsvertrag der neuen schwarz-roten Bundesregierung steht, dass das Selbstbestimmungsgesetz überprüft wird. Hier ist Vorsicht geboten. „Geprüft“ kann der erste Schritt von „wird wieder abgeschafft“ sein. Denn wie wird der Erfolg oder die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes gemessen? Wenn besonders viele TIN*-Personen selbstbestimmt ihre Papiere umschreiben lassen? Und was bedeutet das für ihr Leben, für ihren Alltag? Es ist ein Anfang, und die Ordnung der Verhältnisse nach Gefühlen schafft viel Positives.

Aber hier hört eben die Aufgabe des Staates nicht auf. Denn der logisch, folgende Schritt wäre, TIN*-Personen mit ihren neu erworbenen Rechten nachhaltig vor Diskriminierung und Gewalt zu schützen und alles für ihre rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung zu tun. Denn seit Jahren bestehen populistische Narrative, die eine Ausgrenzung und Diskriminierung befeuern.

Rechte, die grundlegend sind für eine Demokratie

Aber in der Debatte wird zu 99 Prozent von Transfrauen geredet, als einer Bedrohung für öffentliche Räume, für cis-Frauen, für Kinder. Würde die sogenannte Mehrheitsgesellschaft ihre eigenen Thesen ernst nehmen, so müsste sie zu dem Schluss kommen, dass umgekehrt Transmänner besonderen gesellschaftlichen Schutz verdienen. Gefährlich ist daran, dass Menschen und deren Identitäten als Ergebnis einer Ideologie oder Ausdruck einer politischen Agenda gelten, und Geschlecht nur an biologischen Faktoren und Geschlechtsmerkmalen festgemacht wird. Dabei hat schon das Bundesverfassungsgericht 2017 festgestellt, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt und sich das auch politisch und gesellschaftlich spiegeln muss. Statt also das SBG zu prüfen, sollte die Bundesregierung den Schutzstatus erhöhen: Endlich Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes erweitern.

KONTAKT

Kerstin Rudat
Vorstandsmitglied
Telefon 0711 95357522
kerstin.rudat@lsvd.de

LSVD Baden-Württemberg e.V.
<https://ba-wue.lsvd.de>

Paragraf 218 – Die Entmündigung der Frau

Ein Demokratiedefizit mit Folgen für die Versorgung

Der Paragraf 218 kriminalisiert Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland seit über 150 Jahren. Bis heute steht ein medizinisch sicher durchgeführter Abbruch formal unter Strafe und bleibt nur unter bestimmten Voraussetzungen straffrei. Dass dieser Zustand nicht nur frauenfeindlich, sondern auch demokratiewidrig ist, zeigen nicht zuletzt die gescheiterten Bemühungen im Bundestag zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafgesetzbuchs.



Das Recht auf körperliche, sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht. Es ist unteilbar. Und doch wird es im Falle eines Schwangerschaftsabbruchs eingeschränkt. Durch Misstrauen, staatliche Kontrolle und ein Strafgesetz, das Frauen unter Generalverdacht stellt. Wer abtreiben will, muss sich belehren lassen. Wer unterstützt, muss aufpassen, nicht selbst zur Zielscheibe zu werden. Wer dazu berät, wird öffentlich angefeindet.

Die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs hat mehr mit Demokratie zu tun, als viele denken. Denn Demokratie bedeutet: Menschen entscheiden über ihr Leben selbst. Sie brauchen keine Erlaubnis, um über ihre Körper, ihre Familienplanung oder ihr Leben zu bestimmen. Wenn der Staat dieses Recht beschneidet, schwächt er nicht nur das Selbst-

bestimmungsrecht der Betroffenen, sondern die Demokratie selbst. Ein Staat, der Frauen bevormundet und sie nicht für mündig genug hält, selbst über ihre Schwangerschaft zu entscheiden, steht nicht auf dem Boden gelebter Teilhabe.

Besonders für Frauen mit wenig Einkommen, mit Behinderungen, mit Fluchterfahrung oder in ländlichen Regionen ist der Zugang zu medizinischer Versorgung und Beratung oft erschwert. Die Zahl der Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, ist seit Jahren rückläufig – auch in Baden-Württemberg. Von wohnortnaher Versorgung kann keine Rede sein, obwohl die Länder dazu verpflichtet wären. Dieser Umstand belastet nicht nur das medizinische Fachpersonal. Er treibt auch manche Hilfesuchende in gefährliche gesundheitliche Risiken, wenn sie aufgrund unzureichender Versorgungssituation selbst einen Abbruch herbeiführen.

In keinem anderen medizinischen Handlungsfeld steht das Strafrecht dermaßen präsent im Raum wie beim Thema Schwangerschaftsabbruch. Das zeigt: Es geht nicht um Gesundheit oder um Ethik. Es geht um Kontrolle und es geht um Macht. Es ist ein strukturelles Machtgefälle, das den weiblichen Körper politisiert und instrumentalisiert. Dabei sollte ein demokratischer Staat darauf vertrauen können, dass seine Bürgerinnen eigene, verantwortungsvolle Entscheidungen treffen können. Denn die Möglichkeit, über den eigenen Körper zu entscheiden, ist eine Grundbedingung für gleichberechtigte Teilhabe. Wenn ungewollt Schwangere aus Angst, Scham oder wegen fehlender Infrastruktur nicht handeln können, dann ist das nicht nur ein medizinisches, sondern auch ein demokratisches Defizit.

Demokratie bedeutet auch, Frauen zuzutrauen, dass sie wissen, was gut für sie ist. Selbstbestimmter Schwangerschaftsabbruch ist kein Luxus und kein Kompromiss. Er ist die Grundlage einer freien, gerechten und gleichberechtigten Gesellschaft. Solange der § 218 StGB besteht, bleibt dieses Ziel unerreicht.

KONTAKT

Feray Şahin

Bereichsleitung Familie, Kinder,
Migration, Vielfalt und Demokratie
Telefon 0711 2155-120
sahin@paritaet-bw.de

Der Paritätische Baden-Württemberg

<http://www.paritaet-bw.de>

Antidiskriminierungsberatung in Baden-Württemberg

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Durch Diskriminierungen wird diese Würde angegriffen. Das ist nicht nur ein Nachteil für einzelne Menschen, sondern für die ganze Gesellschaft. Die Antidiskriminierungsarbeit ist deshalb wichtig für die Demokratie – nicht nur in Baden-Württemberg, sondern in ganz Deutschland und in Europa.

Die Antidiskriminierungsstelle des Landes Baden-Württemberg (LADS) ist im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration angesiedelt. Ziel der Maßnahmen des Landes ist eine Gesellschaft, in der Diskriminierungen schnell erkannt werden und in der Betroffene Hilfe bekommen – zu Hause, bei der Arbeit und in der Öffentlichkeit. In einer Demokratie hat jeder Mensch das Recht auf gleiche Chancen und Teilhabe. Antidiskriminierungsarbeit schützt dieses grundlegende Menschenrecht. Die LADS arbeitet zu allen Diskriminierungsgründen, u. a. auch zu rassistischen, antisemitischen, antiziganistischen, ableistischen, queerfeindlichen, sexistischen Diskriminierungen sowie zu Diskriminierungen aufgrund des Lebensalters, der Religion, des Körperbilds oder von Fürsorgeverantwortung.

KONTAKT

Dr. Nina Guérin

Leiterin der Antidiskriminierungsstelle
des Landes Baden-Württemberg
Telefon 0711 123-3990
lads@sm.bwl.de

**Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Integration
Baden-Württemberg**
www.lads-bw.de

Die Beratungsstellen gegen Diskriminierung in Baden-Württemberg

Die LADS ist eine erste Anlaufstelle für alle Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind. Die LADS verweist dann im weiteren Verlauf an Beratungsstellen gegen Diskriminierung. Aktuell existieren elf lokale Beratungsstellen gegen Diskriminierung, in Böblingen, Esslingen, Freiburg, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Konstanz, Stuttgart, Mannheim, Tübingen/Reutlingen sowie im Zollernalbkreis. Diese zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen werden gemeinsam durch das Land und die Kommunen vor Ort finanziert. Darüber hinaus fördert das Land auch eine überregionale Beratungsstelle für Betroffene aus Regionen, in denen noch keine Beratungsstelle angesiedelt ist.

Die Beratungsstellen informieren, beraten und begleiten, vertraulich und auf Wunsch anonymisiert, alle Menschen in Baden-Württemberg, die eine Diskriminierung erfahren haben, gleichwohl aus welchem Grund. Die Berater*innen hören Betroffenen von Diskriminierung zu, geben ihnen allgemeine rechtliche Informationen zum Diskriminierungsschutz und erarbeiten gemeinsam mit ihnen Handlungsstrategien, um sich gegen Diskriminierung zu wehren.

Auf Wunsch begleiten die Berater*innen auch zu Vermittlungsgesprächen oder vermitteln juristischen Beistand, damit Betroffene von Diskriminierung ihre Rechte geltend machen können.

Der Landesaktionsplan „Stark gegen Diskriminierung – unser gemeinsamer Weg“

Eine weitere Aufgabe der LADS ist die Prävention von Diskriminierung, insbesondere auch durch Sensibilisierungsmaßnahmen. Im Jahr 2024 hat daher ein umfangreicher Beteiligungsprozess zur Erstellung des Landesaktionsplans „Stark gegen Diskriminierung – unser gemeinsamer Weg“ stattgefunden. In diesem Landesaktionsplan sollen neue Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung gebündelt werden. Diskriminierungen finden überall statt und machen vor keinem Lebensbereich halt, daher nimmt der Landesaktionsplan auch alle Diskriminierungsgründe sowie alle Lebensbereiche in den Blick.



Stark gegen Diskriminierung
<https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/mitmachen/lp-17/landesaktionsplan-gegen-diskriminierung-und-rassismus>

Antidiskriminierungsmerkmale

Geschlecht

Sexuelle Identität

Ethnische Herkunft oder
rassistische Gründe

Religion oder Weltanschauung

Behinderung

Alter



Die Antidiskriminierungsstelle des Landes Baden-Württemberg

Jeder Mensch hat ein Recht darauf, gleich behandelt zu werden. Die Antidiskriminierungsstelle des Landes Baden-Württemberg unterstützt als erste Anlaufstelle alle, die sich diskriminiert fühlen.

Demokratieförderung durch Antidiskriminierung

Ist Antidiskriminierung wirklich notwendig, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie zu stärken? Oder ist das alles überflüssig, und wir können gut auf Diversitätsprogramme und Demokratieförderung verzichten, wie es neuerdings immer öfter behauptet wird?

Die Bevölkerung in Deutschland wird immer vielfältiger. Und das nicht nur, weil Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Deutschland leben, sondern weil unsere persönlichen Lebensentwürfe und -bedingungen immer individueller und unterschiedlicher werden. Diese Vielfalt wird weiter zunehmen. Sie ist ein grundlegender Bestandteil unserer Gesellschaft und muss bei allen politischen Entscheidungen mitgedacht werden.

Um Vielfalt produktiv für unsere Gesellschaft zu nutzen, müssen wir sie in (soziale, politische, wirtschaftliche) Teilhabe übersetzen. Und dies schon aus prinzipiellen Gründen: Beteiligung spielt in demokratischen Gesellschaften eine herausgehobene Rolle. Es gehört zum fundamentalen Selbstverständnis unserer Demokratie, niemanden auf lange Sicht auszuschließen. Deshalb ist Diskriminierung mit Demokratie nicht vereinbar, denn sie braucht die Teilhabe und Beteiligung aller Menschen.

„Es gehört zum fundamentalen Selbstverständnis unserer Demokratie, niemanden auf lange Sicht auszuschließen.“



Publikation: Demokratieförderung braucht Antidiskriminierung
<https://www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/demokratieforderung-braucht-antidiskriminierung/>

Antidiskriminierung sichert Teilhabe

Antidiskriminierung – oder positiv formuliert: der Schutz und die Repräsentanz von Minderheiten – sind wichtige Mechanismen zur Sicherung von Teilhabe. Die Begriffe betonen, dass unterschiedliche Gruppen ihre Interessen aushandeln und – falls nötig – auch einklagen können. Denn reine Mehrheitsentscheidungen können in Demokratien schnell zum Diktat der Mehrheit und zur Diskriminierung von Minderheiten führen. Entscheidungen, die die Mehrheit und die Minderheiten gleichsam berücksichtigen, sind demokratisch im größtmöglichen Sinne. Denn sie beziehen möglichst viele Menschen und deren verschiedene Interessen mit ein.

Antidiskriminierung ist zudem bedeutsamer Teil der Entstehung von Demokratie, denn Kämpfe gegen Diskriminierung haben die Geschichte der Demokratie begleitet, angeführt vom Widerstand benachteiligter Gruppen, die für Selbstbestimmung und für gleiche Rechte eintraten.



Zusammen mehr wert

Und auch wenn das heute scheinbar viele Menschen durch die rechte und populistische Daueragitation vergessen haben: Vielfalt und Antidiskriminierung besitzen einen großen Mehrwert für die ganze Gesellschaft – auch wenn diese voraussetzungsvoll sind.

Demokratie lebt von der Idee, dass alle Menschen mitbestimmen können. Eine vielfältige Gesellschaft, die in Institutionen und Medien repräsentiert und in der Diskriminierung bekämpft wird, fördert Teilhabe und Gleichheit. Unterschiedliche Perspektiven (z.B. aus verschiedenen Lebensrealitäten oder sozialen Milieus) führen ferner zu mehr Kreativität und Problemlösungskompetenz, auch in politischen Debatten. Zudem sind Gesellschaften, die Vielfalt anerkennen und aushalten, oft resilienter gegenüber Extremismus, weil sie gelernt haben, mit Differenz umzugehen. Der Umgang mit Vielfalt hilft Demokratien auch, inklusive Strukturen zu schaffen und sich selbst zu reflektieren und weiterzuentwickeln. Nicht zuletzt sind Vielfalt und Antidiskriminierung Ausdruck von individuellen Freiheiten, Meinungspluralismus und Selbstbestimmung – also zentralen demokratischen Prinzipien, die auch im Grundgesetz festgeschrieben sind.



KONTAKT

Dr. Mirjam Weiberg

Leiterin Fachgruppe Demokratieförderung
und demokratische Praxis
Telefon 030 200754-150
weiberg-salzmänn@dezim-institut.de

Samah Al-Hashash

Wissenschaftliche Mitarbeiterin Fachgruppe
Demokratieförderung und demokratische Praxis
Telefon 030 200754-0
a_hashash@dezim-institut.de

Deutsches Zentrum für Integrations-
und Migrationsforschung DeZIM e.V.
<https://www.dezim-institut.de>



DeZIM-Institut

Fachgruppe Demokratieförderung und demokratische Praxis

Das DeZIM trägt mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Vorbereitung und Durchführung von Entscheidungen und Maßnahmen im Themenbereich des BMFSFJ bei und macht diese Erkenntnisse der Wissenschaft und Praxis zugänglich. Eine zentrale Maßnahme ist die Umsetzung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, das Demokratie, Vielfalt und Extremismusprävention fördert. Die Fachgruppe evaluiert das Programm, berät das BMFSFJ empirisch basiert und unterstützt den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik durch kontinuierliche Datenerhebung und -auswertung.

Keine Alternative

Klar, die Aushandlung von Vielfalt ist nicht immer einfach und manchmal schwer auszuhalten: Es können soziale Spannungen, Konflikte, Polarisierung sowie sozial oder räumlich isolierte Gemeinschaften entstehen, wenn Vielfalt und Minderheitenrechte nicht gut moderiert werden. Auch rechte Akteur*innen setzen uns in den Demokratien immer wieder unter Druck, weil sie Vielfalt als Feindbild benutzen und eine Rückkehr zur „homogenen Nation“ propagieren. Und weil Demokratien zumindest ein gewisses Maß an gemeinsamen Werten und sozialem Zusammenhalt brauchen, empfinden wir Vielfalt manchmal auch als Bedrohung und fragen uns, ob wir das hinkriegen, mit all den Auflagen zur Antidiskriminierung, vor allem in Krisenzeiten.

Gesellschaftliche Vielfalt und Antidiskriminierung sind eben kein Selbstläufer – auch nicht in Demokratien. Wir alle müssen daran arbeiten und das Aushandeln mitgestalten, auch wenn man sonst schon viel zu tun hat. Aber wenn wir das tun, entsteht ein großer Mehrwert für uns alle.

„Demokratie lebt von der Idee, dass alle Menschen mitbestimmen können. Eine vielfältige Gesellschaft, die in Institutionen und Medien repräsentiert und in der Diskriminierung bekämpft wird, fördert Teilhabe und Gleichheit.“

LADG – kein Bürokratiemonster!

Für ein Landesantidiskriminierungs-gesetz in Baden-Württemberg

Ein gut ausgearbeitetes LADG wäre ein Meilenstein für Baden-Württemberg. Um einen umfassenden Diskriminierungsschutz zu gewährleisten, braucht es weitergehende Maßnahmen. Wir wünschen uns ein Land, in dem Diskriminierung proaktiv entgegengewirkt wird, in dem Menschen, die diskriminiert werden, auf eine starke Landesgesetzgebung vertrauen und sichere Strukturen vorfinden können, die sie bei der Rechtsdurchsetzung wirkungsvoll unterstützen.

Murat M., ein 16-jähriger Schwarzer Jugendlicher aus einer baden-württembergischen Kleinstadt hatte gute Erfahrungen mit der Antidiskriminierungsberatung gemacht, als er in einem Fitnessstudio Diskriminierung erlebte. Als er nun wieder in die Beratungsstelle kam, nachdem er sich in seiner Schule rassistisch behandelt gefühlt hat, hörte er von der Beraterin, dass an der Schule im Gegensatz zum Fitnessstudio das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz keine Anwendung findet. Es gilt nur im zivilgesellschaftlichen Bereich. Für Schulen, Hochschulen, Polizei oder Behörden gibt es keine gesetzliche Grundlage. Die Begründung: staatliche Stellen dürften nicht diskriminieren.

Auf Druck eines breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses (<https://ladg.jetzt/bw/>) ist das Landesgleichbehandlungsgesetz im Koalitionsvertrag verankert und von der Regierung auch ausgearbeitet und in erster Lesung beschlossen worden. Doch was ist dann passiert?

Eine breite, vor allem von Kommunalverbänden geführte Kampagne diffamierte das Gesetz in einer populistischen Art und Weise als „Bürokratiemonster“. Die Behauptung, dass es mit dem Gesetz einen Bürokratieauswuchs geben würde, hätte mit einem Blick nach Berlin, wo das Gesetz seit vier Jahren in Kraft ist, schnell entkräftet werden können. Aber entsprechende Angebote des Bündnisses für ein LADG wurden weder von der Politik noch von der Presse wirklich wahrgenommen.



Bündnis für ein LADG

Mit dem Aufruf „Diskriminierungsschutz gewährleisten – die Schutzlücke schließen“ hat im März 2021 ein breites gesellschaftliches Bündnis von Vereinen, Gewerkschaften, Betroffenenorganisationen, Berufs- und Wohlfahrtsverbänden sowie Religionsgemeinschaften die bestehenden Lücken im Diskriminierungsschutz im Bereich des öffentlichen Rechts kritisiert und ein Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) für Baden-Württemberg gefordert. Ein LADG würde auch in öffentlichen Stellen – vom Bildungsbereich über Behörden bis hin zur Landespolizei – denselben Diskriminierungsschutz gewährleisten, der bereits im Arbeits- und Zivilrecht besteht.



Weitere Infos
<https://ladg.jetzt/bw/>



Andreas Foitzik, einer der Koordinator*innen des Bündnisses für ein LADG

KONTAKT

Andreas Foitzik
Diskriminierungskritische Organisationsberatung, Fort- und Weiterbildungen, Supervision und Publikationen im Bereich Pädagogik und Arbeitsmarkt
Telefon 07071 7955912
andreas.foitzik@adis-ev.de

adis e.V.
<https://adis-ev.de>

Elterndiskriminierung:

Baby on – Job off

Gleichberechtigt Eltern sein – (k)ein Privileg?

Elterndiskriminierung ist ein komplexes Phänomen, das oft „klein“ anfängt mit abwertenden Sprüchen bei der Bekanntgabe einer Schwangerschaft, über „aufs Abstellgleis gestellt werden“ von Schwangeren. Das Spektrum umfasst auch subtilere Arten der Diskriminierung, darunter die Ablehnung von Teilzeitarbeit, das Entziehen von Verantwortlichkeiten und das Drängen in die oder aus der Beschäftigung, sowie Missbilligung bei Fehlzeiten durch ein krankes Kind.

Viel ist von Vereinbarkeit die Rede – und doch scheitern viele Eltern immer noch daran, Familie und Beruf unter fairen Bedingungen zu verbinden. Es fehlt an echter Flexibilität, an unterstützenden Strukturen und an gesellschaftlichem Verständnis.

Elterndiskriminierung beginnt oft im Kleinen – und wirkt strukturell. Sie zeigt auch, wie tief soziale Ungleichheit und veraltete Geschlechterrollen in unserem Arbeits- und Lebensalltag verankert sind. Auch suchen Betroffene selten professionelle Hilfe, weil viele die Probleme als „normal“ sehen und es an Zeit, Kraft oder Zugang fehlt.

Besonders hart trifft es Mütter in schlecht bezahlten Jobs – oft alleinerziehend, unter Doppelbelastung durch Lohn- und Care-Arbeit. In Berufen mit Schichtarbeit oder fehlender Flexibilität führt das schnell zu beruflichen Nachteilen. Wer aus einer benachteiligten Familie kommt, hat zudem weniger Chancen auf gut bezahlte, sichere Stellen. Diese Überschneidung von Elterndiskriminierung und Klassismus wirkt ausgrenzend – viele wagen es nicht, ihre Rechte einzufordern, aus Angst, ihren Job zu verlieren.



Baby on – Job off

ist ein Projekt von pro familia Freiburg und dem Antidiskriminierungsbüro Freiburg, die unter einem Dach zusammenarbeiten. Die Verbindung von Schwangerschaftsberatung und Antidiskriminierungsarbeit ermöglicht Aufklärung und fordert strukturelle Gerechtigkeit zum Schutz und zur Stärkung unserer Demokratie.



Weitere Infos

<https://www.profamilia.de/angebote-vor-ort/baden-wuerttemberg/beratungsstelle-freiburg/unsere-angebote/beratung-bei-elterndiskriminierung>

KONTAKT

Judith Dietrich
Öffentlichkeitsarbeit & Marketing
Telefon 0761 296 25-6
judith.dietrich@profamilia.de

**pro familia Freiburg /
Antidiskriminierungsbüro**
www.adbuero-fr.de



Bülent Ceylan im Interview

„Ich liebe Menschen,
weil sie bedingungslos
lieben können“

Bülent Ceylan wurde am 4. Januar 1976 als Sohn einer deutschen Mutter, Hilde Ceylan, und eines türkischen Vaters, Ahmet Turan Ceylan, in Mannheim geboren. Seit über 22 Jahren steht er schon als Comedian auf der Bühne. Bülent Ceylan unterstützt zahlreicher Projekte gegen Rassismus und spricht sich immer wieder für mehr Toleranz, interkulturelle Verständigung und ein stärkeres Miteinander aus!

© Arno Steinfort



© Fabian Hensel



Bülent Ceylan für Kinder Stiftung

Wenn Sie der Bülent Ceylan für Kinder Stiftung helfen möchten, noch mehr Kinder glücklich zu machen und ihnen eine Zukunft zu geben, sind Sie hier richtig.



Die Kids und wir freuen uns
über jede Unterstützung!

<https://bc-stiftung.de/helfen/>

Was bedeutet Demokratie für Sie?

Demokratie bedeutet für mich, dass ich während meines Bühnenprogramms was gegen die Regierung sagen kann, ohne dass ich danach ins Gefängnis komme, dass ich meinen christlichen Glauben leben darf, ohne dass ich dafür gejagt werde, dass ich lieben kann, wen ich möchte, ohne dafür rassistisch beleidigt zu werden, dass es freie Wahlen gibt und dass ich andere Meinungen aushalten muss.

Wie erleben Sie die aktuelle gesellschaftliche Stimmung?

Ich glaube, dass viele Menschen Angst haben um ihre Arbeitsplätze, Angst haben auf die Straße zu gehen, und alles wirkt sehr schnelllebig. Wir müssen sehr auf unsere Kinder aufpassen, dass sie dem Internet und den vielen falschen Nachrichten nicht verfallen!

Ich habe aber immer Hoffnung! Man muss der neuen Regierung auf jeden Fall mal die 100 Tage geben und dann schauen, was sie getan haben und was nicht.

Ich möchte auf jeden Fall in Deutschland wohnen bleiben und wünsche mir sehr, dass wir wieder mit mehr Liebe aufeinander zugehen. Mir ist die Religion oder die Hautfarbe eines Menschen egal, sie müssen sich korrekt verhalten, das ist die Hauptsache!

Warum ist es Ihnen wichtig, in Ihrem Bühnenprogramm klare Haltung gegen Hass und Hetze und für eine demokratische Gesellschaft zu zeigen?

Damit ich meinen Kindern sagen kann, der Baba hat es zumindest versucht und den Mund aufgemacht! Wir dürfen nicht pauschalisieren! Es gibt sehr viele mit Migrationshintergrund, die viel Gutes für die Gesellschaft tun und die nichts dafür können, wenn eine Minderheit die Grenzen übertritt und sich schlecht verhält. Das sollte man bitte nicht vergessen!

Warum ist Humor ein geeignetes Mittel, um ernste Themen zu transportieren?

Man kann Dinge dann oft aus einem neuen Blickwinkel sehen, durch das Lachen können sich Probleme auflösen. Oft ist Humor ein Filter, eine Therapie für die Menschen!

Was treibt Sie an, sich so stark gesellschaftlich zu engagieren?

Meine Erziehung! Meine Eltern haben mich so erzogen! Gutes zu tun und Geben ist schöner als Nehmen! Ich wollte schon immer nur deswegen bekannt werden, um meinen Namen für gute Dinge einzusetzen! Wer Erfolg hat, der muss was zurückgeben!

Deswegen habe ich 2017 meine eigene Kinderstiftung gegründet (<https://bc-stiftung.de/>)! Das war eine meiner besten Entscheidungen in meinem Leben!

Zum Schluss möchten wir Sie bitten, noch folgenden Satz zu ergänzen: Ich liebe Menschen, weil ...

sie bedingungslos lieben können! Weil wir ohne Menschen nicht leben können! Weil ich jedem Menschen erstmal offen begegne, ohne Vorurteile! Weil wir so viel gemeinsam bewegen können – wenn wir wollen – aber ich gebe zu, dass manche Menschen, dass ‚Mensch sein‘ verlernt haben und vergessen haben, dass das „letzte Hemd“ keine Taschen hat. Demut und Respekt muss wieder bei vielen Politikern erwachen!

Demokratie am Scheideweg: Die Folgen einer gefährlichen Migrationspolitik

Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie basiert u. a. auf den Grundpfeilern der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Diese Prinzipien sorgen dafür, dass politische Entscheidungen im Einklang mit den Grund- und Menschenrechten getroffen werden und gewährleisten den Schutz von Minderheiten. Doch genau diese Werte geraten durch die aktuelle Migrationspolitik zunehmend in Gefahr.

Vorausschauend auf mögliche Zeiten, in denen die gesellschaftliche Einigkeit über die Unantastbarkeit der Menschenwürde schwinden könnte, haben die Verfasser des Grundgesetzes mit der Ewigkeitsklausel festgelegt, dass grundlegende Rechte in keinem politischen Kontext abgeschafft werden können. Grund- und Menschenrechte schützen die Würde eines jeden Menschen – unabhängig von seiner Staatsangehörigkeit. Doch diese Prinzipien erscheinen zunehmend verhandelbar: Die Hürden, unschuldige Menschen zu inhaftieren, wurden stark abgesenkt, Menschen werden ihrem Recht auf Familie beraubt, an den deutschen Außengrenzen zurückgewiesen, in menschenunwürdige Zustände abgeschoben oder ohne Sozialleistungen auf die Straße gesetzt. Bei solchen abschreckungspolitischen Maßnahmen scheinen Politiker*innen bewusst darauf zu setzen,



dass Gerichte mit ihrer verfassungsrechtlichen Prüfung auf sich warten lassen. Das schadet nicht nur dem Rechtsstaat, sondern verletzt auch das Vertrauen in das demokratische System.

Die politische Rhetorik der vergangenen Jahre hat dazu beigetragen, geflüchtete Menschen zu stigmatisieren und auszugrenzen. Sprache beeinflusst unsere Wahrnehmung der Welt und damit unser Handeln. Reale Folge ist eine Vermischung von Sicherheits- und Migrationspolitik, die dazu führt, dass Menschen unter Generalverdacht gestellt werden, nur, weil sie vor Krieg oder Verfolgung fliehen mussten. Das hat gesellschaftliche Mehrheiten für gesetzliche Verschärfungen produziert, während die individuellen Schicksale der Betroffenen zunehmend in den Hintergrund treten.

Nicht nur radikale Parteien gefährden die Demokratie. Wenn demokratische Parteien rechtspopulistische Inhalte kopieren, untergräbt dies die Grundpfeiler unserer Verfassung. Bislang unsagbare menschenfeindliche Narrative radikaler Parteien werden mehrheitsfähig gemacht und gefährden somit den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die kritische Zivilgesellschaft wird unter Druck gesetzt und für migrantisierte Menschen entstehen dadurch Ängste und reale Gefährdungen. Eine faktenbefreite Migrationspolitik schafft nur Leid statt menschenwürdiger Lösungen für reale Herausforderungen.

Es sollte nicht vergessen werden: Solidarität und Gerechtigkeit sind zentrale demokratische Werte, die verteidigt werden müssen, damit die Würde des Menschen nicht nur auf dem Papier, sondern auch faktisch unantastbar bleibt.

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg engagiert sich als Verein in ganz Baden-Württemberg für geflüchtete Menschen. Er unterstützt durch Beratungen und Schulungen, stellt umfassende Informationen zur sozialen und rechtlichen Situation in Baden-Württemberg zur Verfügung und informiert über die Asyl- und Migrationspolitik.

KONTAKT

Meike Olszak

Leitung der Geschäftsstelle

Telefon 0711 553283-4

olszak@fluechtlingsrat-bw.de

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

<https://fluechtlingsrat-bw.de>



Behandlungszentrum für Folteropfer: Weil es wirkt!

Seit 30 Jahren bietet das BFU in Ulm traumatisierten Geflüchteten, Folter- und Gewaltüberlebenden Psychotherapie, psychosoziale Beratung und Begleitung an.

„Weil es wirkt!“ Mit Nachdruck beschreibt Noémi Földes-Cappellotto, warum sie tut, was sie tut. Die promovierte Psychologin arbeitet seit fast drei Jahren im Behandlungszentrum für Folteropfer (BFU) in Ulm, zunächst im Projektbereich, seit Januar 2025 leitet sie es. Das BFU, das vom Reha-Verein für soziale Psychiatrie Donau-Alb e.V. getragen wird, bietet traumatisierten Geflüchteten, Folter- und Gewaltüberlebenden Psychotherapie, psychosoziale Beratung und Begleitung an. Földes-Cappellotto betont, wie schön es sei, wenn sie im Alltag auf einstige Klient*innen trifft und sieht, dass es ihnen gut geht. „Und wir haben dazu beigetragen.“ Mit „wir“ meint sie über 60 Menschen in den Bereichen Psychotherapie, Sozialarbeit, Kunsttherapie, Projekte, Öffentlichkeitsarbeit, Verwaltung. Darunter sind auf Honorarbasis auch fast 50 Dolmetscher*innen für 30 Sprachen, sechs Psycholog*innen in Ausbildung, drei psychologische Psychotherapeut:innen sowie eine Fachärztin für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie.

30 Jahre
3.000 Klient*innen
in 2024
240 Menschen,
die im BFU
Hilfe suchten

Seit vor 30 Jahren Ulmer Bürger und die deutsche Sektion der Menschenrechtsorganisation Amnesty International das BFU als erstes in Baden-Württemberg gründeten, wurden fast 3.000 teils schwer traumatisierte Überlebende von Gewalt und Folter behandelt. Vergangenes Jahr suchten 260 Menschen im BFU Hilfe. „Vor allem aus der Türkei, seit vielen Jahren die Nummer eins der Herkunftsländer, wo die kurdische Minderheit verfolgt und inhaftiert wird. Danach kommt Afghanistan, Irak, Ukraine.“ Alle Klient*innen seien besonders schutzbedürftig gewesen – darunter Menschen mit Behinderung, schweren körperlichen Erkrankungen, Ältere, Schwangere, Alleinerziehende und queere Personen –, hatten psychische und körperliche Gewalt erlebt, Folter, Menschenhandel, Vergewaltigung, Genitalverstümmelung und mehr. „Die ganze schreckliche Palette“, so Földes-Cappellotto. Und sie macht deutlich, dass man traumatisierte Menschen mit bedarfsgerechten, individuellen Maßnahmen dabei unterstützen kann, symptomfrei oder beschwerdefrei zu leben beziehungsweise gar zu heilen. „Diese Botschaft ist wichtig, denn es geistern falsche Vorstellungen herum, die populistisch ausgenutzt werden.“

Sie spricht die Debatten zum Asylrecht und die aktuellen Grenzkontrollen an. Da schüre man unnötig Angst. Zwar werde von Menschenrechten gesprochen, aber das Bewusstsein sei oft nicht da, wie sehr diese und die Demokratie immer wieder gerade angesichts multipler Krisen und Herausforderungen zur Disposition stünden.

Sie nennt den Fall einer Frau, die in einem afrikanischen Land politisch verfolgt, inhaftiert und vergewaltigt wurde. „Sie bekam ein Kind, ist eine tolle Mutter – und doch wurde ihr Aufenthaltstitel abgelehnt. Wer hat solch einen Titel mehr verdient als sie?“ Umso wichtiger, dass das Team auch Positives teile, etwa, wenn Klienten eine Wohnung gefunden haben. Oder wenn Traumatisierte, die oft keine Nähe ertragen, plötzlich nach einer Sitzung die Psychotherapeutin umarmten. „Das ist dann ein großer Erfolg.“

AUTORIN

Petra Mostbacher-Dix M.A.
Journalistin, Kunsthistorikerin, Dozentin

KONTAKT

Dr. Noémi Földes-Cappellotto
Leitung
Telefon 0731 88070890
bfu@rehaverein.de
**Behandlungszentrum
für Folteropfer Ulm**
<https://www.rehaverein.de>

Das Team des Behandlungszentrum für Folteropfer Ulm



Pangea Bildungszentrum: Wegweiser in deutsche Klassenzimmer

Eine Studie zum Lehrkräftebedarf in Baden-Württemberg prognostiziert, dass bis zum Jahr 2025 insgesamt 16.000 bis 27.000 Lehrkräfte fehlen. Zugleich steigt der Anteil von Schüler*innen mit Migrationshintergrund, die die Bildungseinrichtungen ohne Abschluss verlassen. Hier setzt die Arbeit des Pangea Bildungszentrums an.

Im Ausland ausgebildeten Lehrkräften fällt der Einstieg ins deutsche Schulsystem oft schwer. Sie stehen häufig vor großen Herausforderungen: langwierige Anerkennungsverfahren, bürokratische Hürden und fehlende berufliche Netzwerke erschweren den Zugang zum Schuldienst.

Das Pangea Bildungszentrum unterstützt und begleitet Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte durch individuelle Beratung, Info- und Netzwerkveranstaltungen. Dabei informieren Expert*innen über den Prozess der Anerkennung ausländischer Abschlüsse sowie über mögliche Karrierewege im deutschen Schulwesen. Außerdem berichten Lehrkräfte mit Migrationshintergrund über ihre täglichen Erfahrungen im deutschen Schulalltag und sind damit Wegweiser*innen für neu zugewanderte Lehrkräfte.

Mit diesem Angebot ebnet das Pangea Bildungszentrum Lehrkräften aus aller Welt den Weg in deutsche Klassenzimmer. Gleichzeitig haben Lehrkräfte aus dem Ausland die Möglichkeit, Schüler*innen mit Migrationshintergrund gezielt auch in deren Muttersprache zu fördern und damit Chancengerechtigkeit im Bildungssystem zu schaffen.

Gelebte Teilhabe und gleiche Chancen für alle bilden die Grundlage für ein demokratisches Miteinander!



KONTAKT

M. Akif Özbay

Geschäftsführer

Telefon 07141 9565302

m.oezbay@pangea-bildungszentrum.de

Bildung und Vielfalt Ludwigsburg e.V.

Pangea Bildungszentrum

www.pangea-bildungszentrum.de

Lehrerinfotag 2024



**Anerkennungsverfahren, Schulalltag und Fachsitzungen
Pangea Bildungszentrum**

<https://pangea-bildungszentrum.de/PROJEKTE/LEHRER-INFOTAG/>



**Anerkennung internationaler Lehramtsabschlüsse
Baden-Württemberg Regierungspräsidien**

<https://rp.baden-wuerttemberg.de/gesellschaft/schule-und-bildung/lehrkraefte/erkennung-internationaler-lehramtsabschluesse/>



LAKA-Vollversammlung in Rottenburg am Neckar

LAKA – Kommunale Migrantenvertretungen als Garant für gesellschaftliche Teilhabe und Demokratie

Politische Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte sowie die Sensibilisierung für die verschiedenen Möglichkeiten der Teilhabe innerhalb der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind dem LAKA ein großes Anliegen. Der Dachverband der Integrationsräte und –ausschüsse setzt sich dafür ein, sich politisch aktiv einzubringen.

Er fördert die aktive Teilhabe an politischen Prozessen, informiert über politische Strukturen und Teilhabemöglichkeiten, regt zur Beteiligung an Wahlen und zivilgesellschaftlichem Engagement an. Insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte, die oft erst spät oder eingeschränkt Zugang zu politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten haben, ist dies essenziell. Integrationsräte dienen als „Demokratieschulen“, in denen Kompetenzen wie Debattenführung, Interessenvertretung und Konsensfindung vermittelt werden.

Demokratie wird gestärkt, indem politische Teilhabe ermöglicht und politische Bildung vermittelt wird. LAKA ist Infrastruktur für integrationspolitischen und interkulturellen Dialog und Brücke zwischen migrantischer Bevölkerung, Verwaltung und kommunaler und Landespolitik.

Für mehr gesellschaftliche Teilhabe und Demokratie braucht es jedoch mehr als die aktuell 54 vorhandenen Gremien in 1.101 Kommunen im Land und mehr politischen Rückhalt.



KONTAKT

Argyri Paraschaki-Schauer

Geschäftsführerin

Telefon 0711 24837202

argyri.paraschaki-schauer@laka-bw.de

LAKA – Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg
<http://www.laka-bw.de>



ist die Migrantenvertretung in Baden-Württemberg, die als Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten nationalitätenunabhängig, überparteilich und überkonfessionell organisiert ist.



Studie der Robert Bosch Stiftung

REPCHANCE – Bausteine einer chancengerechten politischen Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Knapp 30 Prozent der Bevölkerung haben inzwischen einen Migrationshintergrund. Doch diese Diversität spiegelt sich nur bedingt in den Parlamenten wider. Die Studie untersucht deshalb, wie es um die REPräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund im Bundestag, in Landtagen und kommunalen Parlamenten und um die CHANCEngerechtigkeit bezüglich parlamentarischer Präsenz und politischer Karrieren steht. Aufbauend auf quantitativen Daten und den Erkenntnissen aus qualitativen Interviews werden Empfehlungen formuliert, wie künftig mehr politische Karrieren von Menschen mit Migrationshintergrund gelingen können.



<https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/repchance>



Wo das Herz isst – Kochen international

Das Land Baden-Württemberg hat für 2025 erneut einen Förderaufruf gestartet zu **„Empowerment von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte“**. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration unterstützt Kommunen und freie Träger gezielt bei lokalen Maßnahmen, um Frauen mit Migrationshintergrund an der Gesellschaft und am Erwerbsleben teilhaben zu lassen. Das Familienzentrum Au e.V. war schon bei der ersten Förderrunde 2024 dabei. Dass das Projekt wirkt, berichtet Doris Winter, die Soziologin leitet seit 23 Jahre als Geschäftsführerin das Zentrum.



KONTAKT

Doris Winter

Geschäftsführerin

Telefon 07231 414406

winter@familienzentrum-au.de

Familienzentrum in der Au

<https://familienzentrum-au.de>

Gehen Teilhabe und Demokratie durch den Magen, Frau Winter?

Auf jeden Fall! Essen hat mit Herkunft und Kultur zu tun. Es ist etwas höchst Persönliches, ein Stück Heimat, das in der Welt Sicherheit gibt. Wer am Tisch sitzt, vor einer leckeren Mahlzeit, kommt miteinander ins Gespräch und lernt sich Bissen für Bissen kennen. Das baut Vorurteile ab. Da setzt unser Projekt „Wo das Herz isst – Kochen international“ an. Frauen, die unsere Integrationskurse besuchen und Deutsch lernen, kochen für geladene Gäste Rezepte aus ihrer Heimat. Auch aus anderen Kursen, etwa unserem Nähcafé, kann man mitmachen. Das Ziel ist, Menschen aus der Zivilgesellschaft zusammenzubringen, die sich im Alltag normalerweise nicht begegnen.

Das bedeutet?

Migrantinnen, die in Pforzheim leben mit Kindern und Familien, und Menschen aus der Nachbarschaft, der Kommunal- und Landespolitik, Mitarbeitende von Ämtern, etwa dem Jugend- und Sozialamt, Engagierte des internationalen Beirats kommen zusammen. Die Frauen sollen auch sehen, wer sie vertritt. Oft haben Menschen mit Migrationsgeschichte Angst vor Ämtern. So kann man Hemmschwellen abbauen. Der Mix der Gäste macht's.



Laden Sie Vertreter*innen aller Parteien ein?

Nur aller demokratischen Parteien! In Pforzheim, Großstadt über 100.000 Einwohner, leben mehr Menschen mit Migrationshintergrund als in Berlin-Neukölln: 58,5 Prozent. Und das zum allergrößten Teil in den Tallagen, sodass dort der Anteil der Menschen mit Migrationsgeschichte 70 Prozent beträgt. Sie sind oft von Sozialleistungen abhängig, haben keine gleichen Chancen. Es gibt dort mehr Armutsprojekte, mehr Rentner*innen, mehr Alleinerziehende. In den Höhenlagen, den guten und begehrten Wohnlagen, leben eher wohlhabende Pforzheimer. Kurz, die Stadtgesellschaft Pforzheims weist eine soziale und geographische Segregation auf. Diese Gruppen begegnen sich im Alltag wenig. An Stammtischen, in Vereinen findet man kaum mehr zusammen. Gleichzeitig ist Pforzheim eine junge Stadt, hat unter den baden-württembergischen Großstädten die höchste Geburtenrate. Zukunft bauen bedeutet, in Kinder zu investieren – und deutlich zu machen, wie positiv gelebte Vielfalt wirkt.

Das Gespräch führte
Petra Mostbacher-Dix M.A.,
Journalistin, Kunst-
historikerin, Dozentin

Zeigt der hohe AfD-Anteil im Stadtrat: Migrant*innen gehen weniger wählen?

Ja – da sind wir bei Demokratie, Bildung und Teilhabe. Unser Projekt soll Dinge in Bewegung bringen, Brücken bauen, indem wir zu Tisch bitten in familiärer Atmosphäre, über das Essen miteinander ins Gespräch kommen. Da besteht gleiche Augenhöhe zwischen Gastgebern und den Gästen.

Wie lässt sich das bisher an?

Unsere Erfahrungen – nach nun fünf Kochabenden von insgesamt zehn – sind durchweg positiv. Wir haben schon Stammgäste aus der Politik. Zehn bis fünfzehn Leute kommen meist zusammen, oft auch noch weitere Frauen aus unseren Kursen. Die Gäste dürfen mit schnippeln und mit rühren – sie lernen von den Frauen. Die Köchinnen stammen aus verschiedenen Herkunftsländern, etwa aus dem Iran, Irak, aus Afghanistan, der Türkei, der Ukraine. Das Land und seine Esskultur ist Thema des Kochabends. Die Kursleiterinnen bereiten dies vor, üben Vokabeln mit den Frauen. Viele stehen erstmals vor anderen, halten ein Referat über ihr Land. Manche sind bei uns in Alphabetisierungskursen, holen Bildung nach. Auch sie wagen es, spüren Selbstwirksamkeit, Anerkennung, merken, dass sie Menschen begeistern können.

Nennen Sie Beispiele!

Die jesidischen Frauen hielten eine tolle Powerpoint-Präsentation. Die Syrerinnen führten Tänze vor, deren Bedeutung für die Gemeinschaft sie erläuterten. Zum Thema ‚vegetarische Gerichte des Orients‘ kochten irakische und syrische Frauen gemeinsam. Die Rezepte liegen als Platzsets unter dem Teller, dürfen mitgenommen werden. Berichte und Bilder in den Medien über Zugewanderte, Geflüchtete, Migrant*innen schaffen Distanz, stigmatisieren Menschen als Fremde. Wenn man dagegen an einem Tisch sitzt, zusammen isst, sich erlebt, sich direkt authentisch austauscht, wird man differenzierter. Das ist durch nichts zu ersetzen.





Die Werkstatt PARITÄT ist eine der zentralen Stellen für die Entwicklung innovativer Projekte im sozialen Sektor in Süddeutschland. Als Tochtergesellschaft des Paritätischen Baden-Württemberg stehen wir an der Seite eines starken Partners und sind bestens vernetzt.

Menschen stärken heißt Demokratie stärken:

Chancenpatenschaften als niedrigschwelliges Unterstützungsangebot

Lesen üben, Deutsch sprechen, eine Wohnung finden, Fahrradfahren lernen, eine Ärztin, einen Anwalt oder eine Behörde aufsuchen – die Alltagshürden, mit denen Geflüchtete konfrontiert sind, sind vielfältig.



Das Projekt „Chancenpatenschaften“ bringt engagierte Freiwillige mit Menschen zusammen, die im Alltag Unterstützung brauchen. Geflüchtete – ebenso wie andere Menschen in schwierigen Lebenslagen – erfahren durch ihre Pat*innen persönliche Begleitung und gesellschaftliche Teilhabe auf Augenhöhe. Gleichzeitig eröffnet das Projekt den ehrenamtlichen Pat*innen eine niedrigschwellige Möglichkeit, sich aktiv sozial zu engagieren.

In acht Regionen Baden-Württembergs hat sich das Projekt bereits als leicht zugängliches und wirksames Unterstützungsangebot etabliert. Hier entstehen Chancen für Integration und gelebte Solidarität – und damit Räume, in denen demokratische Werte ganz konkret erlebbar werden. Denn eine lebendige Demokratie zeigt sich nicht nur im Wahlrecht oder in einem funktionierenden Staat, sondern vor allem in Menschen, die Verantwortung füreinander übernehmen.

KONTAKT

Panagiotis Koulaxidis

Projektassistent

Telefon 0160 7826990

koulaxidis@werkstatt-paritaet-bw.de

Werkstatt PARITÄT gGmbH

<http://www.werkstatt-paritaet-bw.de>



Menschen stärken Menschen

Gefördert wird das Projekt durch das Programm

„Menschen stärken Menschen“ des BMFSFJ.

Der Paritätische Baden-Württemberg nimmt seit 2016 daran teil. Die Werkstatt PARITÄT gemeinnützige GmbH betreut das Projekt, und 11 Mitgliedsorganisationen setzen es seit 2025 in die Praxis um.



<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/engagement-staerken/menschen-staerken-menschen>



Wie Duha e.V. in Mannheim gleichberechtigte Teilhabe für alle ermöglicht

Demokratie beginnt im Alltag –

im Miteinander, im Zuhören, im gemeinsamen Handeln. Duha e.V. in Mannheim schafft Räume, in denen Menschen mit und ohne Behinderung, mit und ohne Migrationsgeschichte Demokratie aktiv erleben und sich einbringen können.

In Projekten wie „Polizei zum Anfassen“ begegnen Kinder und Jugendliche der Polizei auf Augenhöhe – ein Beitrag gegen Vorurteile und für Vertrauen in staatliche Institutionen. Das Projekt „Integratives Miteinander“ unterstützt Frauen mit Migrationshintergrund dabei, sich über Bildung, Gesundheit und Teilhabe zu informieren und ihre Stimme zu finden. „Easy IT“ stärkt digitale Kompetenzen benachteiligter Jugendlicher und fördert ein respektvolles Miteinander im Netz.

Auch kreative Formate wie die inklusive Malwerkstatt, interkulturelle Kochprojekte oder Ferienangebote machen Demokratie für Kinder und Familien erfahrbar – durch Mitbestimmung, Austausch und gemeinsames Tun. Duha e.V. zeigt: Inklusion ist kein Zusatz – sie ist Voraussetzung für eine starke, vielfältige Demokratie.

KONTAKT

Vanessa Kettner

Leiterin Abteilung Projekt

Telefon 0621 43731701

vanessa.kettner@duha-ev.de

Duha e.V. – Verein für soziale Dienste

<https://duha-ev.de>

Zwischen Desinformation und Mitbestimmung:

Wie KI-Systeme Bürger*innen zu mehr Teilhabe verhelfen können

Wird über Demokratie und Künstliche Intelligenz (KI) diskutiert, werden oft die verheerenden Auswirkungen KI-basierter Desinformation betont: Vertrauensverlust in Medien und Institutionen, manipulierte politische Prozesse, vertiefte soziale Spaltungen. So gaben 84 Prozent der Befragten einer Forsa-Umfrage von 2023 an, dass KI-Anwendungen die Verbreitung von Desinformation beschleunigen. Auch eine aktuelle Studie der Otto Brenner Stiftung zeigt, dass fast 60 Prozent der Befragten den Einsatz von KI im Wahlkampf als „gefährlich“ erachten.

KI ist eine komplexe Technologie, die Ängste lassen sich daher zum Teil mit den meist noch rudimentären Kenntnissen über diese Technologie erklären. Das gilt insbesondere für die Breite der Gesellschaft, aber selbst die über 600.000 zivilgesellschaftlichen Organisationen stehen vor strukturellen Hürden: Ihnen fehlen nicht nur Ressourcen, sondern oft auch der Zugang zu Fachwissen, Daten und strategischer Orientierung, während Industrie und Verwaltung es sich leisten können, zunehmend in KI investieren.

Wie können KI-Anwendungen also trotz vorherrschender Skepsis und fehlenden Anwendungswissens aktiv dazu beitragen, Risiken zu reduzieren und die Demokratie zu stärken? Indem zum Beispiel KI-Systeme wie DeFaktS, die Bürger*innen dabei helfen, Fehl- und Desinformationen leichter zu identifizieren, bekannter werden. Sie stützen sich auf Datenbanken wie jene des CORRECTIV. Faktenforums – eines von zahlreichen KI-Projekten, die durch die ressortübergreifende Initiative „Civic Coding – Innovationsnetz KI für das Gemeinwohl“ von Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) und Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) unterstützt werden.



„Es braucht eine Sensibilisierung auf breiter Ebene. Im Grunde muss in der Schule angefangen werden zu lernen, wie eine Software tickt, was die Bausteine sind und wo man kritisch hingucken muss.“

Annette von Wedel, Initiatorin des BMAS-Forschungsprojekts KIDD – Künstliche Intelligenz im Dienste der Diversität

Aber auch in anderen demokratierelevanten Bereichen wie Partizipation, Inklusion, Wissensmanagement und zivilgesellschaftlichem Engagement bietet der Einsatz von KI-Anwendungen Chancen für eine demokratische (Zivil-)Gesellschaft.

KI-Systeme für eine demokratische Gesellschaft

Die Förderung von Bürger*innen-Partizipation bietet zahlreiche Einsatzmöglichkeiten für gemeinwohlorientierte KI-Anwendungen: Tools wie Make.org helfen dabei, Über- oder Unterrepräsentationen in Befragungen zu identifizieren – und können so perspektivisch digitale Konsultationsplattformen wie z. B. das Beteiligungsportal Baden-Württemberg verbessern. Andere gemeinwohlorientierte KI-Anwendungen wie KI-MoDi, das von Civic Coding unterstützt wurde, können in der Moderation von Online-Diskussionen eingesetzt werden, um beispielsweise konsensfähige Positionen der Diskussion herauszustellen und Polarisierungen entgegenzuwirken.

AUTOR*INNEN

Marie Blüml
Matthieu Binder
Nikolai Horn
info@civic-coding.de

Civic Coding –
Innovationsnetz KI
für das Gemeinwohl
www.civic-coding.de



„KI kann gesellschaftlicher Beteiligung neue Möglichkeiten eröffnen. Für wen, auf welche Weise und in welchen Formaten, das sind die spannenden Fragen. Stereotype helfen uns nicht weiter. Es geht um den lebendigen Austausch über Fachgrenzen hinweg.“

Prof. Dr. Detlef Sack, Leiter des Instituts für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF) Bergische Universität Wuppertal

Auch Recherchewerkzeuge wie das KI-System Parla aus Berlin oder der in Heidelberg für die öffentliche Verwaltung entwickelte Textgenerator F-13 können zur Förderung demokratischer Strukturen beitragen. Sie erfassen große Informationsmengen und können auf die Bedürfnisse der Nutzer*innen flexibel angepasst werden – etwa durch Zusammenfassungen in einfacher Sprache. Ein weiteres Beispiel, um den Zugang zu relevanten Informationen und damit Gerechtigkeit durch Künstliche Intelligenz zu unterstützen, ist unter anderem der digitale Assistent StaatKlar, der Menschen dabei hilft, passende staatliche Leistungen wie etwa das Bürgergeld zu finden und sie über die jeweiligen Voraussetzungen und Antragswege informiert.

KI-basierte Technologien können schließlich der Zivilgesellschaft auch dabei helfen, ihre digitale Zusammenarbeit zu erleichtern und gesellschaftliche Herausforderungen kreativ und wirkungsvoll anzugehen. Civic Coding unterstützt Projekte wie „Mother Earth AI“ (Mutter Erde KI), ein Sprachmodell, das aus der Perspektive von „Mutter Erde“ in einfacher, bildhafter Sprache über Umweltthemen informiert und über Maßnahmen im Umgang mit der Natur chattet – ebenso wie AI.CAN, ein KI-System, dass kollektiv gesammelte Wasserqualitätsdaten misst, miteinander verbindet und analysiert und damit einen konkreten Beitrag in Nachhaltigkeitsfragen leistet.

Civic Coding – Innovationsnetz KI für das Gemeinwohl

Die Initiative „Civic Coding – Innovationsnetz KI für das Gemeinwohl“ fördert KI-Anwendungen zur Stärkung der Gesellschaft, der Umwelt und der sozialen Teilhabe. Als gemeinsame Initiative des Bundesarbeits-, Bundesfamilien-, Bundesumwelt- und Bundesdigitalministeriums setzt sich Civic Coding für die Entwicklung und Nutzung von gemeinwohlorientierter KI ein, die intelligente Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen der Daseinsvorsorge ermöglichen und zur Stärkung demokratischer Werte beitragen.

Risiken im Blick behalten

Die Chancen von KI-Anwendungen umzusetzen, ist jedoch kein Selbstläufer: Neben verbindlichen Leitlinien zu Risikomanagement und Transparenz ist insbesondere eine zentrale Voraussetzung die kontinuierliche Förderung der KI-Kompetenzen der Zivilgesellschaft und der Bürger*innen, um die gesellschaftliche „AI-Readiness“ sukzessive zu steigern. Diese und der Zugang zu digitalen Ressourcen sind bislang in der Zivilgesellschaft noch sehr ungleich verteilt, wie die Civic Coding-Kurzstudie „Gemeinwohlorientierte KI: Ist die Zivilgesellschaft „AI-ready“?“ zeigt. Darüber hinaus sind ein offener Datenzugang und gemeinwohlorientierte Standards entscheidend, um eine verantwortungsvolle Entwicklung und Nutzung von KI zu fördern. Civic Coding bringt sich daher aktiv in die Befähigung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen für Standardisierungsprozesse ein, beispielsweise durch die Zusammenarbeit mit dem Zentrum für vertrauenswürdige Künstliche Intelligenz (ZVKI).



Publikation: Gemeinwohlorientierte KI: Ist die Zivilgesellschaft „AI-ready“?

<https://www.iit-berlin.de/publikation/gemeinwohlorientierte-ki-ist-die-zivilgesellschaft-ai-ready/>



Themenseite KI und Demokratie

<https://www.civic-coding.de/ueber-civic-coding/initiative-und-leitbild/jahresthemen-2025/ki-und-demokratie>

Demokratiebildung schon in der Kita!

„Eine demokratisch verfasste Gesellschaft ist die einzige Gesellschaftsform, die gelernt werden muss“, stellt Oskar Negt fest. Dieses Lernen kann und muss schon in der Kita beginnen – aber wie?

Die Demokratie verschwindet, wenn die Gesellschaft nicht dafür sorgt, dass jede und jeder das Demokrat-Sein von Anfang an lernt. Doch wo und wie lernt man Demokratie? Am besten schon in der Kita. Denn dort machen die Kinder erste Erfahrungen mit der Art und Weise, wie sich das außerfamiliäre Zusammenleben in einer sozialen Gemeinschaft gestalten lässt. Und das kann mehr oder weniger am Vorbild unserer großen Demokratie orientiert sein. „Die Erwachsenen sind die Bösse!“, stellen die Kinder sehr schnell fest, wenn sie in die Kita kommen. Die haben das Sagen und von ihrem Wollen und Willen sind die Kinder abhängig. Als Kind muss man also nur schnell groß und stark werden, dann hat man auch Macht, die Macht des Stärkeren. Doch halt – wollen wir, dass unsere Kinder das lernen? Oder sollen sie nicht vielmehr schon von Anfang an erfahren, was es bedeutet, Rechte zu haben, gemeinsam Verantwortung für das Zusammenleben zu übernehmen und sich mit der Frage zu beschäftigen, welche Regeln in der Kita gelten sollen und was passiert, wenn diese Regeln verletzt werden?

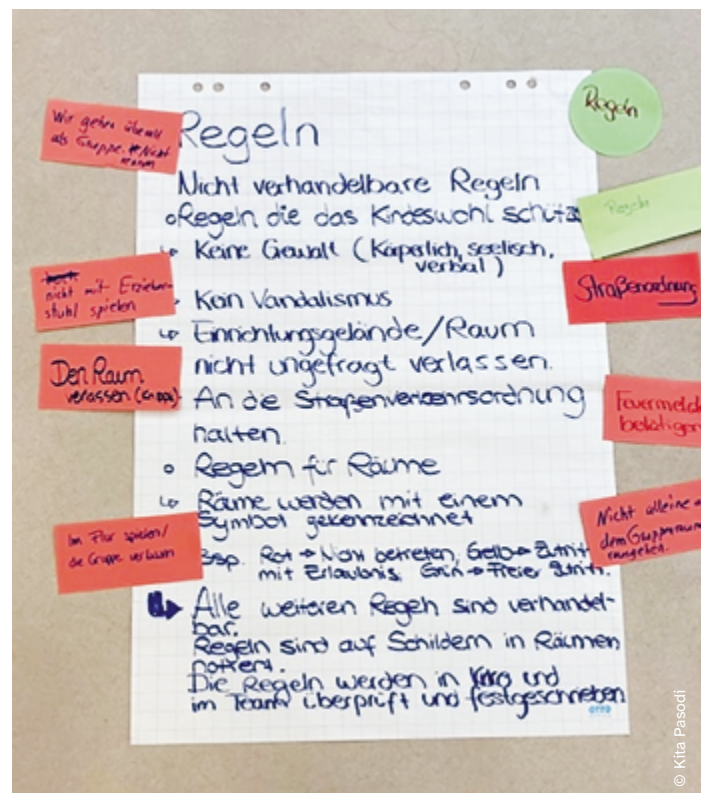
„Eine Kindertagesstätte in einem Mehrgenerationenzentrum lebt vom Austausch und dem Zusammenleben mit den anderen Bereichen. Es ist unsere Absicht, dass die KiTa als Teil vom Ganzen offen ist, sich die Menschen begegnen können und die Kinder diese Offenheit als ganz natürlichen Teil erleben und damit aufwachsen.“

Monika Lang, Leitung der Kita Pasodi

Kita Pasodi erarbeitet gemeinsam mit Kita-Kindern eine Kita-Verfassung.



Das derzeit umfassendste Konzept für Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen ist „Die Kinderstube der Demokratie“ von Hansen, Knauer und Sturzenhecker (2011). Es ermöglicht Kita-Teams, ihre Einrichtung als demokratischen Ort zu gestalten: In einer „Verfassungsgebenden Versammlung“ klären die Fachkräfte die grundlegenden (Mitentscheidungs-)Rechte der Kinder, entwerfen verlässliche Beteiligungsgremien und schreiben beides in einer „Kita-Verfassung“ fest. Sie gestalten die Beteiligungsverfahren methodisch angemessen und bemühen sich, respektvolle und dialogische Beziehungen zu allen Beteiligten einzugehen. So lernen die Kinder Demokratie, indem sie Demokratie erleben.





© Adobe Stock | Halfpoint

Auf diesen Weg hat sich die Kita Pasodi gemacht und eine Kita-Verfassung erarbeitet. Dabei erforderte das ein oder andere Thema eine intensivere Diskussion im Team, um sich auf die Rechte der Kinder zu einigen. In der Umsetzung fiel auf, dass vor allem die älteren Kinder erst einmal lernen mussten, dass Demokratie nicht automatisch bedeutet, dass sie immer Recht haben oder Recht bekommen und dass es in der KiTa andere Rechte geben kann als zu Hause. Doch das Team ist froh, die Kinder jetzt noch stärker zu beteiligen. Denn in der Folge bringen die Kinder immer öfter ihre Ideen und Vorstellungen ein – inzwischen auch ohne Aufforderung durch die pädagogischen Fachkräfte. Erstes Highlight war die Entstehung einer kleinen „Weihnachtsrevue“ mit Tanz, Gesang und Gedichten rund um das von den Kindern ins Spiel gebrachte Thema „Bäume“.



Fotos © Der Paritätische Baden-Württemberg

KONTAKT

Andrea Gerth

Multiplikatorin für den Ansatz
der Kinderstube der Demokratie
E-Mail@andrea-gerth.de

Monika Lang

Leitung der Kita Pasodi
Telefon 0711 76101-002
lang@pasodi.de



Paritätische Sozialdienste gGmbH
Paritätisches
Mehrgenerationenzentrum
<https://pasodi.de/kita-inmitten-eines-mehrgenerationenzentrums/>

Kinderschutzkonzepte

in der Frühen Bildung – ein starker Schutz vor Extremismus

Ein gutes Schutzkonzept in der Kindertagesbetreuung schützt nicht nur vor Grenzverletzungen, es schafft den Boden für Respekt, Selbstwirksamkeit und demokratische Haltung.

Kindertageseinrichtungen sind mehr als Orte der Betreuung. Sie sind elementare Bildungsorte. Hier erleben Kinder täglich, wie Menschen miteinander umgehen, wie Konflikte gelöst werden und welche Haltung Erwachsene gegenüber anderen Menschen einnehmen. Wie Fachkräfte mit Kindern sprechen, wie sie zuhören, Grenzen wahren und Verantwortung übernehmen, prägt das Menschenbild der Kinder nachhaltig.

Demokratische Haltung fördern

Das unterstützt die Idee, dass Schutzkonzepte weit über Abwehr von Gefahren hinausgehen und eine Haltung fördern, die die Entwicklung demokratischer Kompetenzen stärkt. Es beschreibt, wie ein respektvolles, ethisch fundiertes Miteinander aussehen kann. Zwischen Fachkräften untereinander, zwischen Fachkräften und Eltern und vor allem im Umgang mit den Kindern. Wenn Kinder erleben, dass ihre Bedürfnisse gesehen, ihre Grenzen geachtet und ihre Meinungen gehört werden, entwickeln sie ein stabiles Selbstwertgefühl und ein realistisches Bild vom Gegenüber. Diese frühen Erfahrungen von Respekt und Teilhabe fördert zentrale Kompetenzen wie Empathie, Selbstregulation, Resilienz und die Fähigkeit, Unterschiede anzuerkennen. All das sind Grundlagen für eine demokratische Haltung und wirksame Schutzfaktoren gegenüber späteren extremistischen Einflüssen.

Selbstreflexion im pädagogischen Alltag

Fachkräfte in Kitas können diese Prozesse bewusst stärken, wenn sie ein gemeinsam entwickeltes Schutzkonzept nutzen, das über formale Standards hinausgeht. Ein Verhaltenskodex, der ethisch und moralisch reflektiertes Handeln im pädagogischen Alltag beschreibt, gibt Orientierung und regt zur Selbstreflexion an. Dabei geht es nicht um Kontrolle, sondern um bewusste Haltungsentwicklung: Wie begegne ich Kindern? Wie spreche ich über Vielfalt? Wie gehe ich mit Macht um? Demokratiebildung beginnt im Kleinen. Mit jeder Haltung, jedem Wort, jeder Geste.



KONTAKT

Katja Reiner

Referentin für Kindertagesbetreuung
Telefon 0711 2155-122, reiner@paritaet-bw.de

Der Paritätische Baden-Württemberg
<https://paritaet-bw.de>



Schreibwerkstatt „Demokratie“

in Klasse 6b des Remstal-Gymnasiums Weinstadt

Aufgrund der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen nehmen Schulprojekte zur Demokratieförderung einen immer wichtigeren Stellenwert ein. Deshalb organisierte Nathalie Wollmann eine Schreibwerkstatt am Remstal-Gymnasium in Weinstadt.

AUTORINNEN

Nele und Federica
Schülerinnen der 6b

KONTAKT

Nathalie Wollmann
Referentin für Migration,
Vielfalt und Demokratie
Telefon 0711 2155-123
wollmann@paritaet-bw.de

Der Paritätische
Baden-Württemberg
<https://paritaet-bw.de>

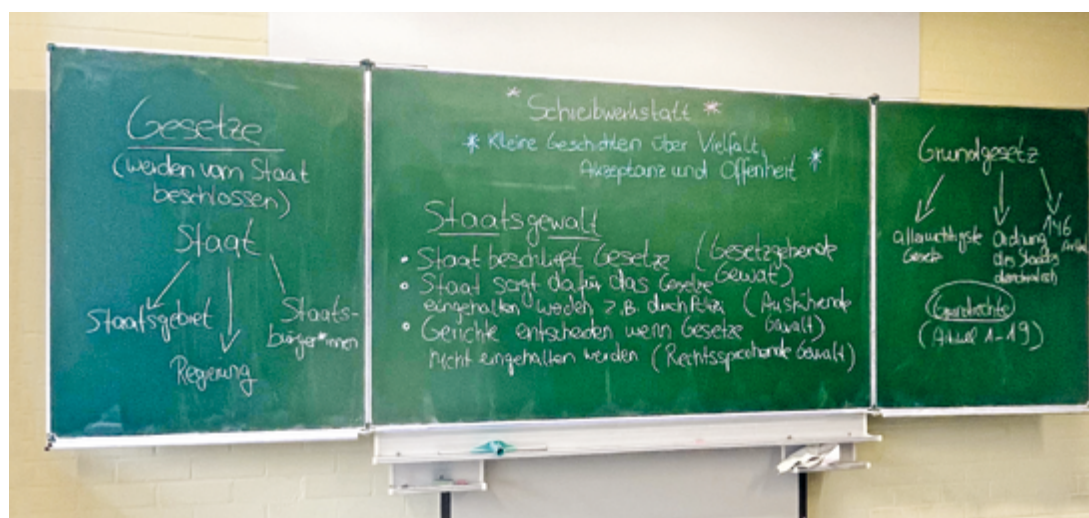
Im November 2024 besuchte Nathalie Wollmann die Klasse 6b am Remstal-Gymnasium Weinstadt, da sie die Schüler*innen eine Geschichte über Gleichberechtigung und Demokratie schreiben lassen wollte. Sie kam aufgrund ihrer Arbeit und weil sie den Schüler*innen zeigen wollte, wo die Politik derzeit steht, was dort passiert und wie man mit anderen Menschen umgeht, damit man nicht ihre Würde verletzt.

In der ersten Stunde erklärte Frau Wollmann der 6b, was die Grundrechte sind und wofür man sie benötigt. Anschließend erläuterte sie der Klasse die zwei wichtigsten Grundgesetze in Artikel 1 und 3. Dann teilte Frau Wollmann die Kinder in Gruppen ein und gab jeder Gruppe den Anfang aus einer von vier Geschichten, in denen es um Kinder, die ausgegrenzt wurden ging, wie z.B. der Rollstuhlfahrer Liam. Zu den Anfängen der Geschichten bekam die Klasse 6b Fragen, die sie auf einem Plakat beantworten sollten. Am Ende der Stunde bekamen die Schüler*innen noch ein kleines Buch mit den Grundrechten.

In der darauffolgenden Stunde machte die Klasse die Plakate fertig und kamen in den jeweiligen Gruppen nach vorne, um diese zu präsentieren. Kurz darauf sprach die Klasse 6b mit Nathalie Wollmann darüber, dass auch Jungen Nagellack oder Schminke tragen dürfen oder das Menschen, die aus anderen Ländern kommen, genauso viel Wert sind wie die Menschen von hier auch wenn sie zum Beispiel ein Kopftuch tragen oder eine andere Hautfarbe haben. Damit war die Stunde auch schon wieder vorbei.

Einige Tage später kam Frau Wollmann dann schon das vorletzte Mal zu den Schüler*innen. Sie fingen an zu überlegen, wie es mit den Geschichten weitergehen sollte und erstellten in ihren Gruppen Schreibpläne. Einige fingen auch schon an die Geschichten fortzusetzen, Comics dazu zu erstellen und ein Deckblatt zu der Geschichte zu gestalten. Schließlich hatten die Kinder der Klasse 6b ca. fünf Deutschstunden Zeit ihre Geschichten zu vervollständigen.

Wir möchten uns ganz herzlich bei der Klassenlehrerin der 6b, Frau Tziatziou, bedanken, die das Projekt mit ermöglicht hat!



Mütterzentren: Herzstück offener Treff

Sie sind offene Anlaufstellen und orientieren sich am Sozialraum.
So leisten sie auch einen wichtigen Beitrag zur Familien- und
Demokratieförderung und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Clara ist ein Instrument, nicht nur um Wissen weiterzugeben, sondern vor allem auch um Vorgehenweisen zu reflektieren, innere und äußere Räume zu gestalten sowie weiterzuentwickeln. Der Name „Clara“ kommt vom lateinischen „clārus“ und meint Klarheit, Verständlichkeit und Transparenz.



„Wir handeln nach demokratischem Grundverständnis, sind offene Orte für alle Menschen, sind solidarisch, benennen strukturelle Ungerechtigkeiten und suchen Lösungen.“ Jasmin Horber zitiert aus dem Leitbild des Mütterforums, Verband der unabhängigen Mütterzentren, Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser – und Mitglied des „Bündnis für Demokratie und Menschenrechte“. Sie leitet die Geschäftsstelle des Landesverbands Baden-Württemberg e.V. gemeinsam mit Vera Poschadel. „Wir verstehen uns als Basisbewegung. Gemeinsam stoßen wir politische und gesellschaftliche Veränderungen an. Unsere circa

50 Mitgliedszentren sind offene Häuser für alle Generationen und Kulturen.“ So werde großer Wert auf Sozialraumintegration gelegt, betont Horber. Mütterzentren verstünden sich als Orte der Begegnung und Beratung für alle, die mit Familie zu tun haben: Mütter, Väter, Omas, Opas – und natürlich Kinder. Aber auch als Heimat für Menschen jeden Alters ohne Kinder, ganz gleich welche Herkunft oder Lebensgeschichte sie mitbrächten.

Und weil sich die Zentren am jeweiligen Sozialraum orientieren, unterscheiden sich deren Angebote, je nach Interessen und Ressourcen. Da gibt es Kinderbetreuung, Babycafés, Ferienbetreuung, verschiedene Beratungsformate, Secondhand-Läden, Vätertreffs. Mal steht Begegnung der Generationen im Fokus, mal Besucher*innen mit Flucht- und Migrationserfahrung.

Doch das Herzstück eines jeden Familien- und Mütterzentrums ist gleich: der sogenannte „offene Treff“. Dort findet vor allem informelles, spielerisches Lernen statt, von geschulten Gastgeber*innen unterstützt. Dabei steht der ressourcenorientierte Ansatz im Vordergrund. „Jede Person hat Kompetenzen, die sie anderen zur Verfügung stellen kann“, so Horber. Wurden früher die Erfahrungen seit Gründung des Netzwerks 1992 vor allem mündlich weitergegeben, hat

das Mütterforum nun all das Wissen im Reflexionsinstrument „Ich bin Clara“ zusammengeführt für Gruppen aus der Familienselbsthilfe. „Clara unterstützt die Teams in den Zentren, sich mit den für sie wirklich wichtigen und spannenden Themen zu beschäftigen und sich mit guten Fragen darauf zu fokussieren“, erklärt Jasmin Horber.

Dass in den Familien- und Mütterzentren auch die schwachen und leisen Mitglieder der Gesellschaft eine Stimme haben, zeigen Projekte wie „Ein gedeckter Tisch für alle“. Der wurde etwa in Tübingen, Reutlingen oder Rheinfelden aufgestellt, um ins Gespräch zu kommen, so Schubladendenken aufzulösen, aus der Empörung über Einzelfälle hinaus zu kommen und Lösungen anzustoßen.

Der Disput wird dabei nicht gescheut. „Wir achten darauf, immer im Dialog zu bleiben und gemeinsam zu reflektieren, setzen konsequent auf Kooperation, Offenheit und Transparenz als durchgängige Prinzipien in Räumen, Beziehungen und Themen.“ Mütterzentren – als niederschwellige offene Anlaufstellen – seien so vielfältig wie Familien und ihre Bedürfnisse, heißt es in einer Studie der Familienforschung Baden-Württemberg von 2022 im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg. Sie leisteten „einen wichtigen Beitrag zur Quartiersentwicklung, Demokratieförderung und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.“



KONTAKT

Jasmin Horber

Leitung der Geschäftsstelle

Telefon 0711 21 55 520

geschaeftsstelle@muetterforum.de

Mütterforum Baden-Württemberg e.V.

<https://muetterforum.de>

AUTORIN

Petra Mostbacher-Dix M.A

Journalistin, Kunsthistorikerin, Dozentin

Armutsbekämpfung:

Soziale Gerechtigkeit als Förderung von sozialer Teilhabe und Demokratie

Armut verstößt gegen die grundlegende Voraussetzung von Demokratie: die wechselseitige Anerkennung aller Menschen eines Landes als gleichberechtigt und gleichwürdig.

Armut bringt die Kritik an der ungerechten Verteilung von Lebenschancen auf den Begriff. Mitten in einer reichen Gesellschaft gibt es Menschen, denen eine normale Lebensführung unmöglich ist. Es fehlt ihnen schlicht und einfach das Geld, um einen normalen Lebensstandard zu finanzieren. Nach den jüngsten Befunden im Paritätischen Armutsbericht 2025 sind 13 Mio. Menschen oder 15,5 Prozent der Menschen in Deutschland arm. Konsequenterweise ruft der Paritätische Gesamtverband die Bundesregierung dazu auf, die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung jetzt ganz oben auf die Agenda zu setzen.

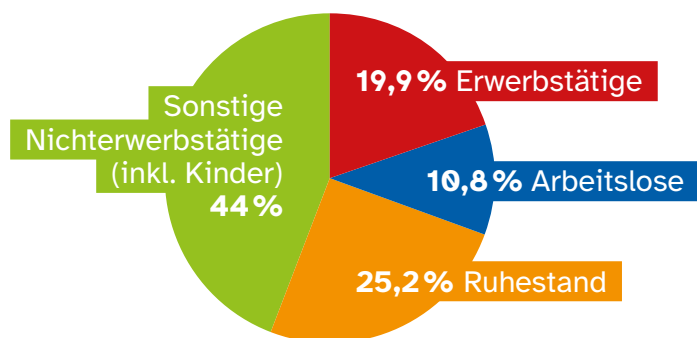
Armut bedeutet nicht nur abstrakt, zu wenig Geld zu haben. Arme Menschen müssen sich massiv einschränken und vor allem auf soziale Teilhabe verzichten. Einkommensarme Menschen können sich viel seltener als andere Menschen Freizeitaktivitäten, gemeinsame außerhäusige Mahlzeiten oder einmal einen kurzen (Familien-) Urlaub leisten. Viele vereinsamen. An politische Mitwirkung ist unter diesen Umständen kaum zu denken. Ihre Interessen werden politisch kaum berücksichtigt.

Armut beschämt und wertet ab. Die jüngeren Debatten zum Umgang mit Menschen mit Migrationsgeschichte oder Bürgergeldbeziehenden verschärfen das Problem. Hilfebedürftige Menschen werden stigmatisiert statt unterstützt. Auf die Gewährleistung des menschenwürdigen Existenzminimums haben Menschen in Not aber aus guten Gründen einen verfassungswie menschenrechtlich geschützten Anspruch. Soziale Rechte sind das Fundament der Demokratie: Sie sind die Voraussetzung für die notwendige wechselseitige Anerkennung der Menschen eines Landes als gleichberechtigt und gleichwürdig.

Die Berichterstattung ist für den Paritätischen ein wichtiges Mittel, um auf den Skandal Armut aufmerksam zu machen. Es wird politischer Handlungsbedarf aufgezeigt. Für die Zukunft soll die bisherige Berichterstattung erweitert werden. Neben der allgemeinen Armutsentwicklung sollen künftig in separaten Berichten die Probleme einzelner Gruppen, mit denen die Soziale Arbeit täglich konfrontiert ist, stärker hervorgehoben werden.

Armut trotz Arbeit

Armutsbetroffene 2024 nach Erwerbsstatus



Paritätischer Armutsbericht

Seit 1989 veröffentlicht der Paritätische Gesamtverband regelmäßig seine Armutsberichte. Der Paritätische Armutsbericht 2025 „Verschärfung der Armut“ ist der erste Teil einer neuen Reihe von Armutsberichten mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten. Er stützt sich dabei insbesondere auf die Mikrozensus-Unterstich-



probe zu Einkommen und Lebensbedingungen vom Statistischen Bundesamt MZ-SILC.
<https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/paritaetischer-armutsbericht-verschaerfung-der-armut/>

KONTAKT

Dr. Andreas Aust
 Referent für Sozialpolitik,
 Paritätische Forschungsstelle
 Telefon 030 24636-322
andreas.aust@paritaet.org

Der Paritätische Gesamtverband
<https://www.der-paritaetische.de>

Armut und Reichtum in Deutschland 2024

Sonstige Millionär:innen

1,6 Mio.

13 Mio.

Menschen in Armut

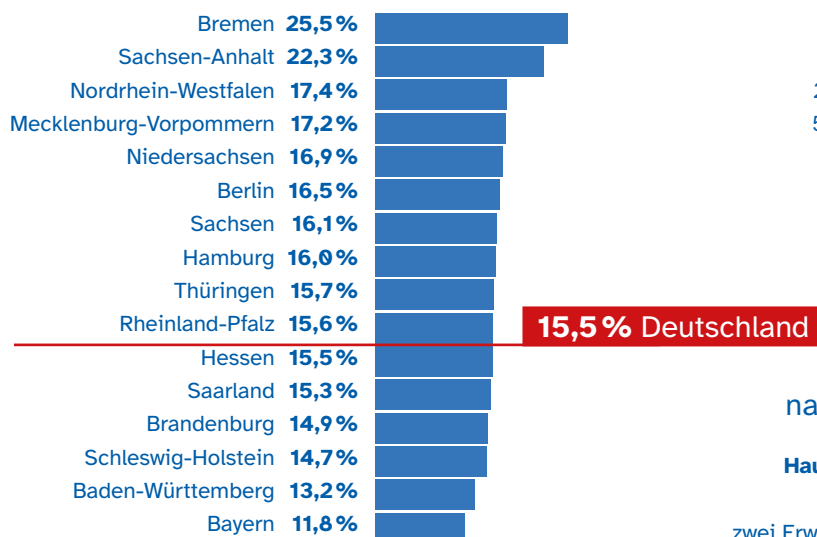
Quellen: <https://www.ftd.de/vermoegen/wie-viele-millionaere-leben-in-deutschland/> [19.3.25]

Armutsbekämpfung ist demokratie- und teilhabefördernd: Der Reichtum der Gesellschaft muss gerechter verteilt werden. Es ist genug für Alle vorhanden. Die zentralen Stellschrauben: Auskömmliche Erwerbsarbeit und soziale Sicherung, finanzierbare Wohnungen und Mobilität, Bildung und Qualifizierung sowie ein gut ausgebautes System an sozialen Diensten. Mit diesen Mitteln lässt sich eine soziale und demokratische Gesellschaft schaffen, in der die Menschen solidarisch miteinander umgehen. Niemand muss in Armut leben, und alle haben gleichermaßen die Gelegenheit, sich aktiv in das Erwerbsleben, die Gesellschaft und die Politik einzubringen. Eine realistische Utopie, für die sich der Einsatz lohnt!

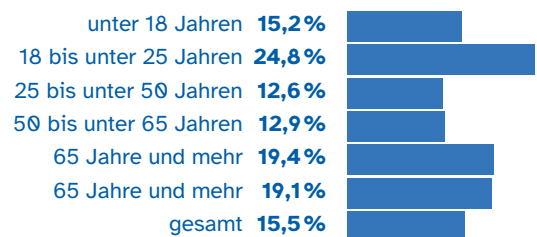
**Monatliches Einkommen
von mehr als jeder
zehnten Familie mit zwei
Kindern in Deutschland:
3.453 Euro
(oder weniger)**

**Monatliches
Durchschnittsgehalt
eines*r DAX-
Vorstandsche*f*innen:
475.000 Euro**

Armutsrepublik Deutschland Armutsquote nach Ländern 2024



Armut in Deutschland nach Altersgruppen, 2024



nach Haushaltstyp, 2024



© Der Paritätische 2025

Daten: MZ-SILC Endergebnisse (Statistisches Bundesamt)
Erhebungsjahr: 2024, Vorjahreseinkommen

Anlaufstellen, Bündnisse, Netzwerke

Demokratiebildung und -stärkung, Beratungsstellen bei Diskriminierung in Baden-Württemberg

Zentrum für kulturelle Teilhabe Baden-Württemberg

Auf der Website des „Zentrums für kulturelle Teilhabe Baden-Württemberg“ sind alle Demokratieprojekte- netzwerke,- und bündnisse aufgeführt.

<https://kulturelle-teilhabe-bw.de/angebot/informationen-zur-demokratiefoerderung/engagement>



Kulturelle Teilhabe: Engagement für Demokratie (Auszüge)

Antidiskriminierungsstelle des Landes Baden-Württemberg (LADS)

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/ministerium/lads-baden-wuerttemberg>



Beauftragter der Landesregierung gegen Antisemitismus (Baden-Württemberg)

<https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/themen/beauftragter-gegen-antisemitismus>



Bündnis Demokratie und Menschenrechte Baden-Württemberg

<https://buendnis-demokratie-menschenrechte.de>



Institut für Rechtsextremismus- forschung (IRex), Universität Tübingen

<https://uni-tuebingen.de/fakultaeten/wirtschafts-und-sozialwissenschaftliche-fakultaet/faecher/fachbereich-sozialwissenschaften/rechtsextremismusforschung/>



Lange Nacht der Demokratie

<https://www.lndd.de>



Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung gegen Rechts- extremismus und Menschenfeindlichkeit

<https://www.lago-bw.de/landesnetzwerk-fuer-menschenrechte.html>



#WirSindDieBrandmauer - Gemeinsam Hand in Hand

<https://gemeinsam-hand-in-hand.org/>



#Zusammenland - Für Demokratie. Im Bund. Vor Ort. Für Alle.

<https://www.stroeer.de/zusammenland/>

Landesweiter Aktionsplan für Akzeptanz & gleiche Rechte

Ziel: Abbau von Vorurteilen gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*intersexuellen und queeren Menschen (LSBTIQ*)

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/soziales/akzeptanz-gleiche-rechte/aktionsplan-fuer-akzeptanz-und-gleiche-rechte/>



Landeszentrale für Politische Bildung

Projektübersicht:

<https://www.lpb-bw.de/projekte-uebersicht>



Baden-Württemberg Stiftung: Demokratie stärken

<https://www.bwstiftung.de/de/magazin/perspektiven-01-2025/demokratie-staerken>



Demokratiezentrum Baden-Württemberg

<https://demokratiezentrum-bw.de/>



Landesaktionsplan gegen Diskriminierung und Rassismus

Ziel des LAP ist es, dieses Engagement nachhaltig zu stärken und auszubauen.

Die Aufstellung des LAP enthält dabei sowohl die Möglichkeit zur Auflistung und gegebenenfalls Stärkung bestehender Maßnahmen, als auch zur Etablierung neuer Handlungs- und Maßnahmenfelder. Das gelingt nur über einen breiten Beteiligungsprozess, der sich LAP nennt.

<https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/mitmachen/lp-17/landesaktionsplan-gegen-diskriminierung-und-rassismus>



Beratungsstellen



Leuchtlinie

Beratung für Betroffene von rechter Gewalt
Landesweite Fach- und Koordinierungsstelle
<https://www.leuchtlinie.de>



Mobirex – Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

<https://www.lago-bw.de/fachstelle-mobirex.html>

Distanzierungsberatung



Fachstelle ExtremismUSDistanzierung (FEX)

<https://fexbw.de>

Meldestelle Antisemitismus



Bundesverband RIAS e.V. – Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus

<https://report-antisemitism.de>

Antidiskriminierungsberatung in Baden-Württemberg



Antidiskriminierungsstellen des Landes Baden-Württemberg (LADS)

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/ministerium/antidiskriminierungsstelle-des-landes-baden-wuerttemberg/beratung-vor-ort>

11 regionale Beratungsstellen

- Antidiskriminierungsstelle
im Landkreis Böblingen
- Antidiskriminierungsstelle Esslingen
- ADB Antidiskriminierungsbüro Freiburg
- Antidiskriminierungsbüro Heidelberg
- Antidiskriminierungsberatung Heilbronn (adi)
- Antidiskriminierungsstelle Karlsruhe
- adib Landkreis Konstanz
- antidiskriminierungsbüro mannheim e.V.
- adis e.V. Reutlingen/Tübingen
- Büro für Diskriminierungskritische Arbeit
Stuttgart e.V. (BfDA)
- Antidiskriminierungsstelle
Zollernalbkreis (AdiZ)

Wir danken allen für
ihre anregenden und
ermutigenden Beiträge.
Sie zeigen, wie wichtig
es ist, für unsere
DEMOKRATIE
einzustehen und
sie zu verteidigen.
Dafür stehen auch
der Paritätische und
seine Mitglieds-
organisationen in
Baden-Württemberg.



Landesarbeitsgemeinschaft Arbeitskreis Leben (AKL) e.V. in Baden-Württemberg:

Es gibt kein Leben ohne Krisen

Die 10 Beratungsstellen leisten seit Jahrzehnten Hilfe in Lebenskrisen und bei Selbsttötungsgefahr.

Wie dringend notwendig Hilfe und Beratung in Krisen ist, wird deutlich, wenn man die hohe Zahl von jährlich rund 10.000 Menschen betrachtet, die sich das Leben nehmen. Das ist höher als die Zahl derjenigen, die durch Verkehrsunfälle, Drogen und Aids zusammengekommen jedes Jahr sterben. Und dann hat man noch nicht einmal an die – nach Expertenmeinung – 10 bis 20fach höhere Zahl an Suizidversuchen gedacht oder an die von einem Suizidversuch betroffenen Familienangehörigen, Freunde, Mitschüler*innen, Arbeitskolleg*innen. Hunderttausendfaches Leid, Trauer und Verzweiflung. Hunderttausendmal die Frage warum?

Hilfe für Menschen in Lebenskrisen und deren An- und Zugehörige bieten die AKL-Beratungsstellen in Baden-Württemberg. An diese kann man sich wenden, wenn man Hilfe in Krisen braucht und keinen Ausweg mehr sieht. Auch Angehörige, Freunde können sich an die AKL-Beratungsstellen wenden, wenn sie sich Sorgen machen und Hilfe brauchen.

Das Besondere an der AKL-Arbeit ist, dass die Arbeit der Fachkräfte durch sorgfältig ausgebildete ehrenamtliche Mitarbeiter*innen unterstützt wird. Die festangestellten Fachkräfte führen die Erstgespräche durch und können dann in eine Krisenbegleitung vermitteln, die durch die ehrenamtlichen Mitarbeitenden ausgeführt wird. Krisenbegleitung ist ein niedrigschwelliges Angebot, dass von der Idee lebt, das Gespräche und die Begegnung mit einem einfühlsamen Gegenüber aus der Krise helfen können.

Darüber hinaus engagieren sich die haupt- und ehrenamtlichen AKL-Mitarbeiter*innen in der Aufklärungsarbeit z.B. in Schulen und Unternehmen. Sie bieten Fortbildungen an, leiten Gesprächs- und Trauergruppen für Hinterbliebene usw.

Die Beratung und Hilfe in den Beratungsstellen erfolgt kostenlos, unbürokratisch und vor allem so wie sie gebraucht wird. Das kann ein einmaliges Gespräch oder eine längerfristige Begleitung sein. Solange eben bis man sein Leben auch mit Krisen wieder bewältigen kann und es als lebenswert empfindet.

Dank des Engagements von mehr als 400 ehrenamtlichen AKL-Mitarbeiter*innen gibt es diese wertvolle Hilfe für Menschen in Krisen in Baden-Württemberg. Damit dies so bleibt bzw. das Beratungsangebot dem Bedarf entsprechend ausgebaut werden kann, braucht es weiterhin eine verlässliche und auskömmliche Förderung durch die Kommunen, das Land Baden-Württemberg sowie die Unterstützung durch Spenden.

Weil es kein Leben ohne Krisen gibt, muss es Beratungsstellen wie die des AKL geben, die Menschen durch Krisen begleiten!

KONTAKT

Christine Rauscher
Referentin Sozialpsychiatrie
Telefon 0711 2155-128
rauscher@paritaet-bw.de

**Der Paritätische
Baden-Württemberg**
<https://paritaet-bw.de>



AKL Beratungsstellen

Die Einrichtungen der Arbeitskreise Leben e.V. (AKL) sind Beratungsstellen, teilweise eng kooperierend mit Krankenhäusern vor Ort, die Menschen in Lebenskrisen und Menschen, die daran denken, ihrem Leben ein Ende zu setzen, aber auch Angehörigen, Freunden und anderen, die sich Sorgen um jemanden machen, unterstützen wollen. Sie verstehen sich als Einrichtungen der Suizidprävention. <https://www.ak-leben.de>



Kindertagespflege:

Das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern respektieren!

Ein Kind hat nach deutschem Recht bis zum dritten Lebensjahr einen Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege. Ab dem Alter von drei Jahren kann das Kind dann bei besonderem Bedarf oder ergänzend zur Kita in der Kindertagespflege gefördert werden. Das gilt gleichermaßen für die Ganztagsbetreuung im Grundschulalter.

Eltern, die sich für eine Betreuung in Form der Kindertagespflege entscheiden, brauchen verlässliche Strukturen, die ihr Wunsch- und Wahlrecht respektieren. Das bedeutet, die Informationen über die Kinderbetreuungsmöglichkeiten vor Ort sollten gebündelt auf der Homepage der jeweiligen Kommunen zu finden sein, Elternbeiträge müssen bezahlbar und Erhöhungen absehbar bleiben.

Für die Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern stehen mit Kindertagespflegepersonen qualifizierte Kräfte zur Verfügung, die leider bisher bei dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026 nicht berücksichtigt werden. Zudem würde eine bessere Finanzierung der Betreuung von Kindern über drei Jahren seitens des Landes die Kommunen entlasten und die Wahlfreiheit stärken.



© Ruth Feuchtmüller

KONTAKT

Christine Jerabek
1. Vorsitzende
Telefon 0711 548905-11
jerabek@kindertagespflege-bw.de

**Landesverband Kindertagespflege
Baden-Württemberg e.V.**
<https://kindertagespflege-bw.de>



„Systemisches Arbeiten stärkt das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und erweitert den Blick auf das große Ganze.“

Venus Rosstami,
PAS Bildungsmanagerin

Systemische Beratung – zertifiziert und praxisnah

Sie arbeiten in einem Beruf, in dem Sie helfen, heilen, lehren oder leiten – und möchten Ihre Beratungskompetenz gezielt weiterentwickeln? Dann ist unsere berufsbegleitende Weiterbildung Systemische Beratung (DGSSA-zertifiziert) genau das Richtige für Sie.

Diese praxisnahe Weiterbildung vermittelt Ihnen systemische Methoden, die Sie direkt in Ihrem Berufsalltag einsetzen können – ob in der Sozialen Arbeit, Pflege, Erziehung oder im Bereich Führung und Teamentwicklung. Im Weiteren werden Sie in Ihrer Entwicklung zu einer systemischen Haltung unterstützt. Sie lernen, Beziehungen professionell zu gestalten, neue Perspektiven einzunehmen und Veränderungsprozesse konstruktiv zu begleiten.

Neu ab 2025: Mit 38 Seminartagen, 21 Onlinetagen, mehr Supervision und Selbsterfahrung bietet die Weiterbildung noch mehr Raum zur Reflexion und Entwicklung. Sie findet erstmals im neuen Forum Franklin in Mannheim statt – modern, offen, inspirierend.

Es finden regelmäßig offene Sprechstunden statt bei denen Sie sich unverbindlich informieren können.

KONTAKT

Venus Rosstami
Bildungsmanagerin
Telefon 0171 7375667
rosstami@akademiesued.org,
Paritätische Akademie Süd
<https://akademiesued.org>

Weitere Informationen
<https://akademiesued.org/systemische-bildung>

Systemische Beratung – zertifiziert durch die DGSSA

12./13.09.2025 – 22./23.01.2027
in Mannheim & Online mit einem
erfahrenen Dozent*innen-Team



<https://akademiesued.org/angebot/systemische-beratung-zertifiziert-durch-die-dgssa#6866>

Neues aus dem Landesverband und den Regionen

Aus dem Landesverband

Bereich Selbsthilfe, Bürgerengagement Gesundheit

Neue Broschüre: Vielfalt bewahren – Grenzen finden

Handlungsempfehlungen im Umgang mit menschen- und demokratiefeindlichen Strömungen in der Selbsthilfe

Menschen- und demokratiefeindliche Strömungen machen auch vor der Selbsthilfe nicht halt. Die Broschüre der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen - DAG SHG gibt Impulse und zeigt Möglichkeiten auf, Handlungsansätze für einen Umgang mit menschen- und demokratiefeindlichen Strömungen zu finden.



<https://www.dag-shg.de/service/publikationen/var@nakos/key@10525>



Aus den Regionen

Regionalverbund Nordbaden

Kreisverband Mannheim

Finanzierung sozialer Arbeit sichern

Die Stadt Mannheim muss bis 2028 rund 160 Millionen Euro einsparen. AWO und der Paritätische Mannheim entwickelten gemeinsam eine Strategie, um das soziale Miteinander trotz Sparkurs zu sichern. In Workshops wurden Ziele, Stakeholder und Maßnahmen herausgearbeitet. Zudem fand ein Austausch mit Mitgliedsorganisationen statt. Ziel bleibt eine gesicherte Finanzierung sozialer Angebote – heute und in Zukunft.



<https://paritaet-bw.de/mitglieder-und-regionen/regionalverbunde/regionalverbund-nordbaden-paritaetischer-kreisverband>



© Der Paritätische RV Nordbaden

v.l.n.r.: Philip Gerber (Pari Kreisvorstand), Alexander Manz (Vorstand AWO Kreisverband Mannheim e.V.), Claudia Schöning-Kalender (Pari Kreisvorstand), Jessica Heckmann-Drescher (Kreisreferentin Mannheim), Manuel Cronau (Pari Kreisvorstand) und Moritz Limprecht (Regionalleitung Nordbaden)

Bereich Jugend und Bildung

Tagung der Fachgruppe Jugendhilfe

„In stürmischen Zeiten handlungsfähig bleiben“ – unter diesem Motto traf sich die Paritätische Fachgruppe Jugendhilfe am 27.05.2025 im Institut Eckwälden. Neben fünf praxisnahen Inputs zu aktuellen Herausforderungen bot die Veranstaltung für die 32 Teilnehmenden Raum für fachlichen und kollegialen Austausch in Workshops. Die Veranstaltung wurde gefördert aus Mitteln der GlücksSpirale.



Relaunch Paritätische Homepage: Frischer Wind auf unseren Webseiten!

Der Paritätische Baden-Württemberg ist digital neu aufgestellt – klarer, moderner und näher dran an den Menschen. Ab sofort gibt es zwei getrennte Auftritte: einen speziell für unsere Mitgliedsorganisationen und einen für die breite Öffentlichkeit.

Das Mitgliederportal: Hier finden Mitglieder alles für ihren Arbeitsalltag – von rechtlichen Infos über Fördertipps bis zu Weiterbildungsangeboten oder Stellenanzeigen. Alles übersichtlich, alles exklusiv für unsere Mitglieder.

<https://mitglieder.paritaet-bw.de>

Die neue Verbandsseite: Was macht der Paritätische eigentlich genau? Wer kann Mitglied werden? Und wofür stehen wir als Wohlfahrtsverband? Auf unserer neu gestalteten Webseite erklären wir es – verständlich, barrierefrei und auf den Punkt.

<https://paritaet-bw.de>

Unser Ziel: Mitgliedern die Arbeit erleichtern und gleichzeitig zeigen, wie vielfältig und wichtig Soziale Arbeit in Baden-Württemberg ist.

Klicken Sie mal rein – wir freuen uns über Ihren Besuch! Der Relaunch wurde unterstützt von der GlücksSpirale.



150 Menschen demonstrieren auf dem Kornmarkt unter dem Motto: „Kürzen heißt Ausgrenzen. Solidarität statt Streichungen im Sozialen in Heidelberg!“

Regionalverbund Nordbaden

Kreisverband Heidelberg/ Rhein-Neckar-Odenwald

Solidarität statt Kürzungen im Sozialen in Heidelberg

Für den 6. Mai 2025 hatte das Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung zu einer Kundgebung am Heidelberger Rathaus aufgerufen. Anlass der Protestaktion waren die geplanten Kürzungen im Heidelberger Doppelhaushalt 2025/2026, die vorsehen, die bisherige jährliche Dynamisierung der Fördermittel zu streichen. Im Anschluss an die Kundgebung wurde eine Menschenkette ums Rathaus gebildet. Das Bündnis ist ein Zusammenschluss aus 55 sozialen Organisationen und Akteuren aus Heidelberg.



<https://paritaet-bw.de/mitglieder-und-regionen/regionalverbunde/paritaetischer-kreisverband-heidelberg-rhein-neckar>

Regionalverbund Stuttgart plus Region

Kreisverband Ludwigsburg

Wie barrierefrei ist die S-Bahn in Stuttgart und Region?

Dieser Frage sind Rainer Wieland, Vorsitzender der Regionalversammlung des Verbandes Region Stuttgart und des Blinden und Sehbehinderten Verbands Württemberg e.V. auf den Grund gegangen. Ziel war es, gemeinsam mit betroffenen Menschen zu identifizieren, wo es in den Bahnhöfen, an den Gleisen und in der S-Bahn Hindernisse für sehbehinderte und blinde Menschen gibt. Im Vordergrund stand der Austausch darüber, wie die Barrierefreiheit verbessert werden kann und was es dafür braucht.



<https://paritaet-bw.de/mitglieder-und-regionen/regionalverbunde/regionalverbund-stuttgart-paritaetischer-kreisverband>

Rainer Wieland im Austausch mit Verantwortlichen der Bahn und dem BSVW e.V.



Regionalverbund Stuttgart plus Region

Kreisverband Ludwigsburg

Seitenwechsel 2025 – wertvoller Perspektivwechsel in Zeiten drohender Haushaltskürzungen



Wie wertvoll ist ein Pflegeroboter und was spricht dafür, diesen in die kommunale Förderung mit aufzunehmen, erfährt Politik und Verwaltung vor Ort

Am besten wechselt man selbst mal die Seiten – auch wenn nur für kurze Zeit – und verschafft sich vor Ort einen eigenen Eindruck. Diese Chance nutzten über 30 Personen aus Politik und Verwaltung im Landkreis Ludwigsburg beim Seitenwechsel 2025. Hierbei wurde deutlich, welche wertvolle Arbeit tagtäglich in den sozialen Einrichtungen geleistet wird und welche Auswirkungen Kürzungen im sozialen Bereich nicht nur für die Klient*innen sondern auch für die ganze Gesellschaft hätten. Politik und Verwaltung lobten den großen Nutzen der sozialen Arbeit. Konkrete Vorschläge, soziale Arbeit zu unterstützen, wurden in die Gremien mitgenommen.



<https://paritaet-bw.de/mitglieder-und-regionen/regionalverbunde/regionalverbund-stuttgart-paritaetischer-kreisverband-0>

Regionalverbund Stuttgart plus Region

Kreisverband Stuttgart

Wie funktioniert gesellschaftlicher Zusammenhalt in Stuttgart – trotz kommunaler Haushaltskrise?

Diese Frage stellten sich Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung und Paritätischen Mitgliedsorganisationen beim Sozial-Politischen Forum Stuttgart 2025. Die Fragen an den Thematischen lauteten: Quo vadis Sozialwirtschaft? Was braucht eine Stadtgesellschaft, um Zusammenhalt und Zuversicht zu schaffen? Wie kann Spaltungsprozessen entgegengewirkt werden? Welche Positivbeispiele gibt es, die zeigen, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt gelingt? Welche Rolle spielen dabei soziale Organisationen und die Kommune und welche Herausforderungen kommen auf sie zu?



<https://paritaet-bw.de/mitglieder-und-regionen/regionalverbunde/regionalverbund-stuttgart-plus-region-paritaetischer-1>

Vereinspraxis:

Kann die Amtszeit des Vorstands unbegrenzt weiterlaufen?

Fall aus der Praxis: In einem Verein wurde vergessen, einen neuen Vorstand am Ende seiner Amtsperiode zu wählen. In der Satzung war lediglich geregelt, dass die Amtsperiode des Vorstands drei Jahre dauert. Was muss der Verein nun tun?

Die Amtszeit des geschäftsführenden Vorstands beginnt mit der Wahl und der Annahme der Bestellung und endet drei Jahre später, 24.00 Uhr (Reichert, Vereins- und Verbandsrecht, 13. Auflage, 2016, Rz. 2330). Damit ist der bisherige Vorstand formal nicht mehr im Amt und nicht mehr Vertretungsorgan des Vereins (vgl. Sauter/Schweyer/Waldner, Der eingetragene Verein, 22. Auflage 2025, Rz. 265a).

Obwohl der Vorstand die Mitgliederversammlung (MV) nicht rechtzeitig einberufen hat, spricht die herrschende Auffassung dafür, dass er hierzu weiter befugt sein soll, solange er noch im Vereinsregister eingetragen ist. Diese Auffassung stützt sich auf das Bedürfnis nach Handlungsfähigkeit des Vereins und wird von der überwiegenden Literatur vertreten. Es gibt jedoch auch Gegenpositionen, die davon ausgehen, dass mit Ablauf der Amtszeit die Organstellung vollständig entfällt und damit auch das Recht zur Einberufung der MV. Diese würden eine solche Einberufung nur durch das Registergericht oder durch Mitglieder gemäß § 37 BGB für zulässig halten. Aufgrund der praktischen Erfordernisse zur Wiederherstellung einer ordnungsgemäßen Organstruktur erscheint die herrschende Meinung jedoch vorzugswürdig, solange der Vorstand noch im Vereinsregister eingetragen ist. Selbst wenn allen Beteiligten bekannt ist, dass der eingetragene Vorstand nicht mehr amtlich befugt ist, bleibt dieses Einberufungsbefugnis bestehen (vgl. a.a.O., Rz. 266).

Nichtsdestotrotz ist dringend anzuraten, die Vorgehensweise vorab mit dem Vereinsregister abzustimmen, da das Vereinsregister der herrschenden Auffassung nicht zwingend folgen muss.

Empfohlenes Verfahren:

1. Rücksprache mit dem Vereinsregister, ob der ausgeschiedene Vorstand die Mitgliederversammlung einberufen darf.
2. Bei Zustimmung unverzügliche Einladung zur Mitgliederversammlung gemäß Satzung.
3. Da der Vorstand nicht mehr im Amt ist, wählt die MV einen Versammlungsleiter.
4. Die Eröffnung der Versammlung bleibt formal Aufgabe des bisherigen (ausgeschiedenen) Vorstands (vgl. a.a.O., Rz. 265b).
5. Nach der Wahl sollte der neue Vorstand sämtliche durch den bisherigen Vorstand abgeschlossenen Rechtsgeschäfte durch eigenen Vorstandsbeschluss genehmigen.

Fazit:

Eine solche Konstellation lässt sich vermeiden, wenn Sie in der Satzung eine Übergangsklausel statuieren, die regelt, dass der Vorstand bis zur Bestellung eines neuen Vorstands im Amt bleibt.

KONTAKT

Dr. Steffi Hunnius
Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin),
Mitgliederberatung
Telefon 0711 2155-205
hunnius@paritaet-bw.de

Der Paritätische Baden-Württemberg
<http://www.paritaet-bw.de>



Weitere Informationen

finden Sie auf unserer Homepage unter
<https://paritaet-bw.de/leistungen-und-services/bereiche/recht>



Perfekt abgesichert – im Einsatz für den guten Zweck

Umfassender Schutz für Organisationen und Einrichtungen



Ein Unternehmen
des Paritätischen

 DER PARITÄTISCHE

Als einer der führenden Versicherungsmakler in Deutschland und Europa verstehen wir uns darin, Werte zu schützen und Existenzen zu sichern. Mit uns sind Sie immer auf der sicheren Seite und können sich auf Ihre soziale Arbeit konzentrieren.

Mehr erfahren unter www.union-paritaet.de



ADJU
VARIS

Für die Guten das Beste geben.

Multidisziplinärer Feinschliff für
Unternehmen der Sozialwirtschaft

Wirtschaftsprüfung Steuerberatung Rechtsberatung
www.adjuvaris.de

